

Signet

Erschöpfung statt Gelassenheit. Warum Achtsamkeit die falsche Antwort auf so ziemlich jede Frage ist. Ein Podcast von Kathrin Fischer.

Kathrin Fischer

Und wie immer zu Beginn erstmal ein großes Dankeschön an all diejenigen, die im vergangenen Monat teils wirklich sehr großzügig für den Podcast hier gespendet haben. Also danke an Anton, Brigitte, Edgar, Svenja und Hartmut. Eure Unterstützung hilft, den Podcast weiterhin nicht zu monetarisieren, wie es so schön heißt, und ihn also werbe- und barrierefrei zu halten.

Propagiert wird sie tatsächlich aber als Mittel zur Selbstoptimierung oder zur Selbstberuhigung, zur Entspannung. Wobei die Ursachen für die Beunruhigung immer merkwürdig außen vor bleiben, beziehungsweise immer selbst verlagert werden. Man ist quasi immer selbst schuld, aber immerhin dadurch auch selbst zuständig und selbst handlungsfähig. Aber die Idee, dass man die Kontrolle über sein Leben hätte, ist natürlich zu einem ökonomischen Anliegen, ist natürlich illusorisch. Also es ist in dem Sinne auch eine perfekte Maschine zur sozialen Befriedung. Es ist eigentlich ein großes Ja zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, wenn man sagt, es liegt an mir.

Achtsamkeit als großes Ja zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, das sagt der Ökonom und Wirtschaftsjournalist Stefan Kaufmann. Eigentlich hatte ich ja den Ökonomen Matthias Binzwanger als Gesprächsgast angekündigt, doch angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen im Osten, bei denen die AfD in den Prognosen weit vorne liegt, habe ich mich dazu entschieden, das Thema antifaschistische Wirtschaftspolitik genauer zu betrachten. Und ich bin sehr froh, dass ich dafür Stefan Kaufmann als Gesprächsgast gewinnen konnte. Er ist Ökonom und schreibt als Wirtschaftsjournalist unter anderem für die Frankfurter Rundschau, den Freitag, das Wirtschaftsmagazin Surplus, den Deutschlandfunk, das Neue Deutschland und Oxy und er ist auch Autor mehrerer Sachbücher. Unter anderem hat er an einem aktuellen Band zu den Grenzen und Möglichkeiten antifaschistischer Wirtschaftspolitik mitgearbeitet. Das Thema ist groß, denn es geht um die Frage, warum Menschen rechts wählen und was dagegen helfen könnte. Ich wünsche euch viel Freude und Erkenntnis mit dem Gespräch. Ja, hallo Stefan Kaufmann, schön, dass Sie da sind.

Stephan Kaufmann

Ja, vielen Dank für die Einladung, dass ich hier was erzählen kann.

Kathrin Fischer

Ich freue mich drauf, denn wir haben uns verabredet, um den Begriff antifaschistische Wirtschaftspolitik näher zu beleuchten. Das hat den Hintergrund, dass im September in zwei ostdeutschen Bundesländern in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gewählt wird und dass in beiden Ländern die AfD vorne liegt. Das ist aber jetzt kein Privileg der

Landespolitik. Auch auf der Bundesebene liegt die AfD weit vorne und damit ist auch wiederum Deutschland nicht allein. Wir erleben derzeit laut dem Faschismusforscher Käse Mode die machtvollste Welle rechter Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. Und das ist sehr bedrohlich und Wissenschaft, Politik und auch Zivilgesellschaft rätseln, woher der Rechtsruck kommt und wie man ihm begegnen könnte. Und ein Mittel dazu hat die deutsche Ökonomin Isabella Weber nach der Wiederwahl von Donald Trump im November 2024 ja sehr prominent und mit sehr viel Medienresonanz, in den Ring geworfen, die antifaschistische Wirtschaftspolitik. Und diesem Begriff liegt die Annahme zugrunde, dass Menschen unter anderem dann rechts wählen, wenn das Leben teuer wird. Und darüber wollen wir in der Folge sprechen, wollen das alles genau aufdröseln. Aber ich dachte, ehe wir gleich so konkret reingehen, erstmal die große und offene Frage an Sie, wie erklären Sie sich den großen Erfolg der AfD?

Stephan Kaufmann

Ja, das ist tatsächlich eine große Frage. Ich gehe jetzt davon aus, Sie meinen jetzt nicht speziell den Osten Deutschlands. Da gibt es ja nochmal extra Gründe, warum sie da besonders stark ist, sondern was Sie eben da so als allgemeinen nationalen oder auch internationalen Rechtstrend da gekennzeichnet haben. Das ist eine große Frage, die wird ja viel beforscht. Da wird von Soziologen gesagt, das ist ja ein gewisser Hass oder eine Wut auf die Verhältnisse. Es ist die Rede von destruktiven Persönlichkeiten und von Enttäuschung und so weiter und so fort. Weil die Frage aber so oft, die wird ja oft gestellt, warum haben die Rechten so einen großen Erfolg? Und hinter dieser Frage steht ja immer die Annahme, das sei extra erklärungsbedürftig. Dahinter steht ja immer, ich will das Ihnen gar nicht unterstellen, aber oft steht dahinter die Annahme, das ist ja etwas, das eigentlich nicht sein darf oder nicht sein soll. Die Frage, warum haben die Rechten so einen Erfolg? Dahinter steht ja oftmals die tatsächliche Frage, wie kann es nur sein? Wie ist das nur möglich? Was ist den Menschen zugestoßen? Was hat man ihnen angetan?

Ich würde, bevor man jetzt die rechten Wähler so als latent verirrte Schafe irgendwie kennzeichnet, würde ich mal umgekehrt fragen, warum nicht die AfD wählen? Also rein aus ökonomischen Gründen gibt es ja erstmal auch Gründe, die AfD zu wählen. Ich finde die Gründe jetzt nicht gut, aber so ein wahnsinniges Rätsel ist es dann ja zum Teil auch nicht unbedingt, weil die AfD ist ja oder generiert sich als Protestpartei und es gibt ja Anlass zu Protest. Die Lage, die ökonomische Lage des Standortes ist schlecht, das sagen auch die Parteien der Mitte.

Deutschland ist in einer Krise, es wird sogar gesagt, Deutschland ist in einer existenziellen Krise. Ich glaube, Wirtschaftsministerin Reiche hat gesagt, die soziale Marktwirtschaft ist in einer Krise, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat. Also es gibt jede Menge Anlass zu Unzufriedenheit.

Und das sagen eben auch die Parteien der Mitte und das liegt ja auch nicht so weit entfernt, die Parteien der Mitte dafür verantwortlich zu machen. Das liegt ja nahe. Die sagen ja selbst

immer, wir regieren, wir sind zuständig, wir wollen Verantwortung übernehmen und jetzt kann man sie auch verantwortlich machen. Dann kann man sagen, die Parteien der Mitte, SPD, CDU, FDP, aber auch Grüne, die sind eben schuld an der ganzen Sache. Die AfD hat zwar keine richtig tollen politischen Alternativen im Angebot, glaube ich, aber kein Problem würde gelöst, wenn die AfD an die Macht käme, aber sie kann immerhin von sich sagen, dass sie neu ist. Sie ist keine der sogenannten Systemparteien, sie ist neu und sie verspricht auch alles anders zu machen.

Das ist, glaube ich, das wesentliche Verkaufsargument oder ihre unique selling position, wie man im Marketing sagt, für die AfD. Sie war bisher noch nicht dran, sie ist neu und sie sagt, sie möchte alles anders machen. Jetzt gibt es zwar auch ein paar üble Figuren bei dieser Partei und einige absurde Vorstellungen, dass die Migranten an allem schuld sind oder dass es den Klimawandel nicht gibt. Aber ich vermute und die Umfragen und Untersuchungen gehen auch in diese Richtung, dass rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung gar nicht unbedingt zugenommen haben in den letzten 10, 20 Jahren. So, deswegen vermute ich, dass diese eher absurden Vorstellungen der AfD, nämlich dass die Migranten an allem schuld sind und dass es den Klimawandel nicht gibt und so weiter und so fort, auch nicht vielleicht der Grund sind, warum sie gewählt werden, sondern tatsächlich nur, dass die AfD verspricht, etwas anders zu machen.

Zudem, ich weiß nicht, ob Sie dieses Buch gelesen haben, es gibt ja von Didier Eribon das Buch Rückkehr nach Reims, da geht er zurück in seine alte Heimat und fragt sich dort, warum die Leute, die früher alle links gewählt haben, jetzt alle rechts wählen. Und dann gibt es da ein Gespräch mit seiner Mutter und er sagt zu seiner Mutter, du hast doch damals, als du jung warst, auch abgetrieben. Warum wählst du jetzt eine Partei, den rechten Front National, die gegen Abtreibung sind? Und die Mutter antwortet, na, das ist ja nicht, warum ich sie wähle. So, also es ist durchaus möglich, die AfD zu wählen, weil man sich irgendwas von ihr verspricht, ohne dass man jetzt direkt Rechtsradikale oder einige dieser absurden Vorstellungen teilt. Und insofern würde ich sagen, die AfD lebt derzeit einfach von der Unzufriedenheit, allgemein Unzufriedenheit, zumindest mit der ökonomischen Situation. Die wird ja auch, diese Unzufriedenheit wird ja auch von der Mitte angefacht. Die AfD lebt letztlich von der Krise des Standortes und je mehr diese Krise um sich greift oder je mehr die Regierung tut, erfolglos tut, um diese Krise zu beenden, umso stärker wird die AfD. Die kann insofern auch gar nichts falsch machen, solange die Krise anhält. Die AfD kann sich im Bundestag darauf beschränken, der Regierung zu sagen, letzten Monats sind schon wieder 50.000 Industriearbeitsplätze flöten gegangen. Mehr muss sie gar nicht tun. Um sich als Alternative, als bessere Alternative für letztlich ein ähnliches Programm hinzustellen.

Kathrin Fischer

Das heißt, Sie würden sagen, die AfD wird vor allen Dingen aus Protest gewählt, aus Unzufriedenheit. Und das wäre ja dann der beste Grund für eine antifaschistische Wirtschaftspolitik, über die wir jetzt gleich noch sprechen. Weil dann würde man sagen, mit

der wird zumindest die Krise adressiert, die ökonomische Krise. Und man würde sagen, wir versuchen die Ursachen für die Unzufriedenheit zu beseitigen.

Stephan Kaufmann

Ja, die AfD wird gewählt aus einer Unzufriedenheit. Aber diese Unzufriedenheit ist ja schon politisiert. Es ist ja nicht einfach eine Unzufriedenheit, sondern schon eine Unzufriedenheit, die zum Beispiel die Migration als ein zentrales Problem sieht. Ich meine, wenn man unzufrieden ist, auch wenn man materiell im Unglück ist, wenn man Abstiegsangst hat oder Angst vor Armut oder wenn man arm ist, dann könnte man ja auch links wählen. Also aus der Unzufriedenheit selber folgt noch gar nichts, sondern es kommt darauf an, wie man sich seine Unzufriedenheit erklärt oder beziehungsweise was man selbst als den Grund für die eigene materielle Misere oder kommende Misere sieht.

Und da ist die AfD sehr erfolgreich, weil sie, das wäre jetzt die These von Steffen Mau, Linus Westhäuser und Thomas Lux in ihrem Buch Triggerpunkte, weil sie einen vertikalen Konflikt, also eigentlich einen zwischen oben und unten in einen horizontalen Konflikt umdeutet, einen zwischen innen und außen. Demnach nehmen uns die MigrantInnen die Wohnungen weg und nicht die Finanzinvestoren, um das mal ganz platt zu sagen.

Der AfD-Politiker Björn Höcke hat es ja schon vor Jahren gesagt, dass der zentrale Gegensatz nicht mehr zwischen oben und unten verläuft, sondern zwischen innen und außen. Das ist ja der Ansatz der AfD, die damit allerdings auch durchaus anschließen kann an Positionen, die in der Mitte vertreten werden. Es geht ja nicht nur um die Migranten, sondern es geht ja überhaupt um das Ausland. Um das Ausland, dass Deutschland das Leben schwer macht. Und das sind eben unter Umständen nicht nur die Migranten, sondern das ist dann auch die USA mit ihrem Präsidenten und seiner Zollpolitik. Das ist die extreme Industriekonkurrenz aus China und so weiter und so fort. Also es geht schon weiter. Das Außen ist weiter gefasst als die Migration. Aber die AfD hat sich die Migration als Spezialthema vorgenommen.

Kathrin Fischer

Und der Rückzug auf ein nationalstaatliches Deutschland ist dann anschlussfähiger an die Mitte als die Kritik von Eigentumsverhältnissen.

Stephan Kaufmann

Absolut, absolut. Also es ist ja auch so, dass die AfD, warum hat die AfD so einen Erfolg? Das Witzige ist ja, auf der einen Seite sagt sie oder verspricht sie, das muss alles radikal anders werden. Und diese Radikalität drückt sie ja auch im Style aus. Diese Verachtung, die immer, also insbesondere bei Alice Weidel, die in allen ihren Sätzen steckt, eine grundsätzliche Ablehnung in der Form. In der Sache selbst ist die AfD ja total konservativ. also konservativ gar nicht, oder sagen wir konventionell. Was verspricht die AfD denn? Die verspricht ein starkes Deutschland, die verspricht Ordnung, die verspricht Sicherheit, die verspricht den Wohlstand zu retten, sie verspricht vor allen Dingen Wachstum. Sie sieht die Migration als ein Problem oder zumindest die hohen Kosten des Klimaschutzes auch als Problem. Das sind ja

alles Sachen, die sind absolut anschlussfähig. Das ist ja krass, das ist total konventionell, was sie da aufführt an Problemen, die sie sieht und an Zielen, die sie erreichen möchte.

Kathrin Fischer

Das ist eigentlich eine gestische Subversion, ne?

Stephan Kaufmann

Absolut, absolut gestisch. Aber das machen sie total gut. Also den Anschein zu erwecken, sie wären das Neue, sie wären die Alternative, ohne das a. einlösen zu müssen und b. Ohne dass sie auch von den Leuten fordern würden, dass sie groß umdenken müssen. Weil im Prinzip verfolgt die AfD ähnliche Ziele wie die Mitte. Also die AfD hat ja keine Revolution vor.

Kathrin Fischer

Nee, wenn man sich auch wirtschaftspolitisch anguckt, im Gegenteil. Es ist ja weiterhin, dass wohlhabende Menschen entlastet werden und dass man gegen Mindestlohn ist und und und. Also die ökonomischen Ursachen dafür, dass es den Menschen schlecht geht, würden ja überhaupt nicht beseitigt.

Stephan Kaufmann

Überhaupt nicht. Die AfD jetzt zum Beispiel gerade in Sachsen-Anhalt verspricht jetzt manchmal auch, eigentlich ist es ja eine neoliberale Partei, die sehr ist für die Freiheit des Marktes und gegen Erbschaftssteuern, Vermögenssteuern und die war auch mal gegen den Mindestlohn. Derzeit in Sachsen-Anhalt, habe ich gesehen, verspricht sie schon einiges an sozialen Leistungen, aber das ist gleichzeitig verspricht sie keine Schulden zu machen und legt Finanzpläne vor, die komplett unfinanzierbar sind. Das leistet sie sich jetzt auch ein bisschen, eine soziale Seite, aber bleibt komplett die Antwort auf die Frage schuldig, wie das finanziert werden soll.

Kathrin Fischer

Stefan Kaufmann, bevor wir jetzt gleich über antifaschistische Wirtschaftspolitik sprechen, die ja im Grunde genommen genau auf diese Unzufriedenheit zielt, würde ich gerne noch zwei Thesen mit Ihnen besprechen, die man eben auch liest zu der Frage oder als Antworten auf die Frage, warum ist die AfD oder warum sind rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien, überhaupt so erfolgreich? Und es gibt eben eine, da weisen Forschende immer wieder darauf hin, dass rechtsextreme Parteien eben nicht nur von materieller Unzufriedenheit profitieren, sondern dass sie ja auch auf bestimmten Weltbildern fußen, auf Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, autoritären Einstellungen und so weiter. Und am Ende auch auf politischen und medialen Mobilisierungsstrategien. Sie haben das gerade schon angedeutet, dass Sie sagen, die Einstellungen haben sich gar nicht so verändert. Wie stark würden Sie das als Ursache für den Erfolg einschätzen?

Stephan Kaufmann

Also zum einen ist es ganz sicher so, ich muss ja die Einschränkung machen. Ich rede im Wesentlichen über die Ökonomie. Ich gucke von oben auf die Ökonomie drauf und halte das für wichtig. Aber das ist ja bei weitem nicht alles. Das ist ja bei weitem nicht alles. Daraus allein kann man den Rechtstrend nicht erklären. Sowieso erklärt die ökonomische Lage allein ja erst mal nichts. Ob jemand viel Geld hat oder weniger, ärmer oder reicher wird oder sich da verfürchtet, ärmer zu werden, das sind ja nur die materiellen Voraussetzungen. Das erklärt noch keine politische Position. Da gibt es dann natürlich weitere Faktoren, eben solche, die Sie gerade eben genannt haben. Und auch zur Frage, wie sich dann jemand seine ökonomische Lage erklärt, also was für Schlüsse er oder sie daraus zieht, dann kann man ja, wenn die Zeiten für einen selber schlechter werden, kann man ja gierige Unternehmer dafür verantwortlich machen oder eben die Migrantinnen oder die EU oder den Kapitalismus oder auch die Migranten. Gängelung des freien Marktes durch den Staat. Und so wird ja dann aus der materiellen Lage quasi ein politischer Schluss. Und man ist dann für eine Vermögenssteuer oder für Grenzen dicht machen oder dafür FDP zu wählen.

Dazu gibt es ja auch Verbindungen zwischen der materiellen Lage und dem Rassismus oder Nationalismus. Das sieht man ja so Sachen wie, wenn man denkt an das Buch von Thilo Sarrazin, der sagt, dass Muslime einfach ein Stück weit dümmer sind als die Deutschen.

Und deswegen die Zuwanderung ein Schaden für die deutsche Wirtschaft ist. Da verbinden sich dann Rassismus und Ökonomie. Oder auch, wenn man denkt, woraus die AfD entstanden ist. Sie ist ja entstanden aus den Hilfsprogrammen für Griechenland, die damals als alternativlos galten. Damals wurden ja auch diese Hilfsprogramme für Griechenland kritisiert damit, dass die Griechen doch eigentlich faul seien. Denen wurde quasi ein arbeitsscheuer Volkscharakter attestiert, der zur Überschuldung neigt. Das sind so Punkte, wo Rassismus und Nationalismus sich quasi dienen als Erklärung für ökonomische Zustände, wo das quasi nicht zwei verschiedene Sachen sind, sondern wo sie ineinander greifen. Ganz schön übrigens, wenn man daran denkt, weil die AfD einfach so stark ist im Osten. Ich erinnere mich noch, es hat ja doch Vorteile, ein bisschen älter zu sein, ich erinnere mich an die 90er Jahre, als der Wiedervereinigungsboom abflaute und es im Osten zu einer flächendeckenden Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit kam und sich dann die Ostdeutschen, zum Teil berechtigt, darüber aufregten, dass sie sich unter Marktwirtschaft doch was anderes vorgestellt hatten. Und da schallte es ihnen aus dem Westen entgegen, Jammer-Ossis, faule Ostdeutsche. Also da sieht man, wie eine ökonomische Lage quasi in diesem Falle vom Westen her erklärt wurde mit so einem partialnationalen Rassismus gegenüber den Ostdeutschen, dass sie doch nicht immer jammern sollen, sondern die auch mal arbeiten gehen sollen.

Kathrin Fischer

Weil wir ein bestimmtes Arbeitsethos schon ganz tief verinnerlicht haben und das dann vielleicht auch nationalisiert haben und natürlich diese Voraussetzungen gar nicht mehr

wahrnehmen. Das ist wie das Wasser, in dem man schwimmt. Man denkt, das wäre eine normale Weltdeutung.

Stephan Kaufmann

Ja, man geht halt auch davon aus, es geht halt so ein bisschen davon aus, wenn alle tüchtig arbeiten und jeder seinen Dienst tut, dann geht die ganze Sache doch schon auf. Also diese Idee, jeder ist seines Glückes Schmied, gilt ja nicht nur in dieser Ideologie. Jeder hätte sein Schicksal selbst in der Hand. Die gilt ja nicht nur individuell. Jeder kann es schaffen, wenn er sich wirklich anstrengt, sondern gibt es ja quasi auch kollektiviert als auch eine Bevölkerung, auch eine Nationalökonomie kann es schaffen, wenn jeder sich anstrengt, jeder diszipliniert ist und hart arbeitet und so weiter. Und in einer Krise wird dann dementsprechend falsch erklärt damit, dass wohl ein arbeitsscheuer Volkscharakter in Griechenland vorgeherrscht haben muss.

Kathrin Fischer

Es gibt ja noch eine zweite These, die ist jetzt relativ neu in einem Buch aufgetaucht, Oben rechts. Das stammt unter anderem von dem deutschen Politikwissenschaftler Thomas Biebricher. Und das ist die These, dass der Rechtsruck keineswegs primär eine spontane Revolte von armen und abgehängten und unzufriedenen Menschen ist, sondern dass es sich um ein gezielt vorangetriebenes Projekt handelt, von konservativen bis libertären, Man kann glaube ich sagen Unternehmern, es sind überwiegend Männer glaube ich, die damit ihre eigenen politischen und ökonomischen Interessen verfolgen, also Elon Musk oder Peter Thiel oder so. Wie stehen Sie zu dieser These?

Stephan Kaufmann

Ich habe das Buch nicht gelesen. Mir gefällt an der These, dass es in den oberen Schichten der Gesellschaft ein Interesse gibt an diesem Rechtsruck. Es ist sicherlich zutreffend, dass es Unternehmer und Unternehmerinnen gibt, für die sich der Rechtsruck auszahlt und die ihn nicht ungerne sehen und ihn auch sogar fördern. Bei Elon Musk, den Sie genannt haben, ist das ja offensichtlich. Der macht auch kein Geheimnis draus, wobei ich mir bei Musk die Frage stelle, inwiefern dieser Rechtsruck wirklich seinen Unternehmen wie Tesla oder wie SpaceX wirklich nützt. Das sehe ich nicht so richtig. Aber auf jeden Fall treibt er das voran. Ich frage mich allerdings, ob diese Bewegung von oben rechts, ob das wirklich der wesentliche treibende Motor des Rechtsrucks ist. Dazu scheinen mir die entsprechenden Gruppen, die da immer genannt werden, zum Beispiel den Deutschen Verband der Familienunternehmer, die erscheinen mir nicht ganz stark genug. Es gibt andere Teile der Wirtschaft in den USA, wie auch in Deutschland ist das Gleiche, die wenden sich schon eher gegen diesen Rechtsruck. Die großen internationalen agierenden Konzerne in den USA standen Trump am Anfang gänzlich ablehnend gegenüber und haben sich mehr mit ihm arrangiert.

Und in Deutschland argumentiert ja auch Verbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie oder Wirtschaftsforschungsinstitute ja auch eher mahnend in Richtung AfD, dass

deren Politik doch auch eine Belastung für den Standort sein dürfte. So, das ist insofern oben rechts. Diese Gruppe, die gibt es, aber ich weiß nicht, ob sie stark genug ist, weil es andere ökonomisch mächtige Gruppen gibt, die mit dem Nationalismus der Rechten nicht so viel anfangen können, insbesondere weil jede Wirtschaft heutzutage Weltwirtschaft ist und sich der Erfolg, insbesondere der deutschen Wirtschaft, der auf dem Weltmarkt entscheidet und nicht im Inland.

Kathrin Fischer

Dann kommen wir doch mal zu der ökonomischen Lage oder noch mal zu der These, dass rechte Parteien eben aufgrund von Inflation, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und den aus all dem resultierenden Zukunftsängsten so erfolgreich sind. Donald Trump hat vor seiner Wiederwahl ja einen Slogan gehabt, den ich persönlich wirklich erst für einen Witz gehalten habe und auch mit so einer etwas arroganten Attitüde dachte, das kann der doch nicht ernst nehmen. Das war nämlich Make Eggs Cheap Again, also mach Eier wieder billig. Und das klang natürlich wie Make America Great Again, aber jetzt mit Eiern und man dachte, das kann doch nicht der Ernst sein. Aber er hat es ernst gemeint und er war damit erfolgreich, er ist wiedergewählt worden. Also hat Donald Trump gewonnen, weil er sozusagen diese Affordability Crisis in den USA, also dass das Leben so teuer geworden ist, zumindest mit diesem Spruch verbal adressiert hat.

Stephan Kaufmann

Ja, das hat auf jeden Fall stark für ihn gesprochen und ich glaube, es gibt einschlägige Untersuchungen, die diese Annahme stützen. Man muss übrigens dazu mit dem Eierpreis. Ich habe es mal nachgeguckt. Im Wahlmonat waren Eier tatsächlich ungefähr 50 Prozent, im Wahlmonat November waren Eier in den USA tatsächlich 50 Prozent teurer als im Januar. Und der Grund dafür war einfach die Vogelgrippe, nicht die schlechte Politik der Vorgängerregierung. Und die sind dann auch weiter gestiegen bis März und sind dann drastisch gefallen. Das war aber abermals am Ende der Vogelgrippe und nicht daran, dass Trump eine geniale Formel gefunden hat, das Leben billiger zu machen. Aber der Punkt mit der Affordability, der ist natürlich inzwischen auch in Wahlkämpfen ein total starker Punkt. Und wir haben jetzt hier in Berlin fängt jetzt der Wahlkampf an. Und auf den Wahlplakaten lese ich das Wort Berlin bezahlbar machen. Ganz vielen. Bezahlbar machen ist interessant. Dieser Punkt, eigentlich geht es ja um Geldmangel, eigentlich geht es ja um Armut. Früher hätte man gesagt, Armut, die Leute sind arm. Heute sagt man, die Preise sind zu hoch. Das ist eigentlich genau das Gleiche, nur von der anderen Seite ausgedrückt. Und üblicherweise wird Armut als Fehler der Nachfrage, als Geldmangel der Konsumenten, Konsumentinnen beschrieben. Inzwischen ist man eben auf der anderen Seite und sagt nicht, die Leute haben zu wenig Geld, die Preise sind zu hoch. Aber im Prinzip ist es das gleiche.

Aber es adressiert was anderes. Armut adressiert natürlich irgendwie so in unserer, Gedankenwelt ein Versagen des Einzelnen und zu hohe Preise sind ein Versagen der Politik.

Ja, deswegen ist es auch deutlich interessanter, die Armut so zu framen. Das ist quasi, man kann sagen, es ist nicht der Fehler oder der Mangel der Nachfrage, sondern es ist der Fehler des Angebots, sprich derjenigen, die die Sachen produzieren, verkaufen.

Kathrin Fischer

Also dann bleiben wir doch mal jetzt bei der Hypothese, weil wir haben uns ja eigentlich verabredet, um über antifaschistische Wirtschaftspolitik zu sprechen und haben jetzt so ein bisschen das Terrain bereitet, indem wir nochmal auf andere Thesen und so geguckt haben. Dann bleiben wir doch aber bei der Hypothese, dass die Menschen dann rechts wählen, wenn das Leben teuer wird. Und ich bin jetzt ja weder Wirtschaftshistorikerin noch Ökonomin, aber nach allem, was ich lese und dann würde ich natürlich sagen weiß, ist bis in die 1980er Jahre ging es den meisten Menschen auf der Nordhalbkugel, also Europa, Nordamerika, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ganz gut. Was sagen Sie?

Stephan Kaufmann

Ja, von heute aus gesehen neigt man manchmal ein bisschen dazu, diese Zeit zu idealisieren. Weil es gab ja immer Armut, es gab auch Krisen. In den 70er Jahren gab es große Krisen mit hoher Inflation, Ölpreise und so weiter. Aber es stimmt schon. Es stimmt schon in den entwickelten Ökonomien, zumindest im Durchschnitt, gab es so etwas wie ein Maß nicht nur an sozialer Sicherheit, sondern auch so etwas wie ein intaktes Versprechen des Fortschritts. So eine Art Fortschrittserzählung, so nicht nur individuell, dass man aufsteigen kann, sondern dass man gesellschaftlich irgendwie aufsteigt. Unter Schwankungen zwar, aber man stellte sich das mehr so vor, also als ich jung war, mehr so wie eine stetig aufsteigende Linie, so seit 1945 oder seit dem Wirtschaftswunder. So eine aufsteigende Linie für Wohlstand, für Sicherheit. Damals galt der Sozialstaat ja nicht so sehr wie heute quasi als Hindernis der Wirtschaft, sondern damals galt er noch viel mehr als Errungenschaft. Vielmehr als Errungenschaft. Ich habe gerade ein interessantes Buch gelesen, die Soziologie des Alters. Und da wird interessant beschrieben, wie in den 80er Jahren in Deutschland eine ganz neue Bevölkerungsgruppe entstanden ist, die sogenannten Best Ager. Es waren Menschen, die waren in Rente, die mussten nicht mehr arbeiten und waren trotzdem bei voller Gesundheit absehbar viele Jahre. Das gab es vorher nicht, dass es Menschen gab, die nicht arbeiten mussten, die ein Einkommen hatten und trotzdem gesund sind und ein schönes Leben vor sich hatten. So, sozusagen, dieser Sozialstaat galt damals noch viel mehr als Errungenschaft und damit auch so eine Idee von Gemeinschaft. Damit auch so eine Idee von Gemeinschaft, soziale Gerechtigkeit. Wenn man das heute hört, denkt man immer, das klingt so nach 70er. Aber damals waren die 70er und die 80er und da hatte das einen viel stärkeren Sound.

Kathrin Fischer

Ja, und ich meine, ich habe mit Überraschung auch gelesen, dass zum Beispiel, unter Konrad Adenauer eben die Mieten nicht mehr als 15 Prozent des Einkommens betragen sollten. Dass man geguckt hat, es wird immer auch so erklärt, dass man sagt, es gab auch eine Systemkonkurrenz durch die damals noch existierende DDR. Aber es gab eben schon dieses

Bewusstsein dafür, dass es den Leuten gut gehen muss. Es gab Blutvorschläge im Krankheitsfall, wurde erstritten und so. Also man hat das Gefühl, zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern gab es noch einen Vertrag. Kann man das so sagen?

Stephan Kaufmann

Ja, zumindest hat er, also ein Vertrag gibt es ja heute auch, bloß sie sehen was anderes vor. Ja, es gab eine Art Optimismus, der war aber auch materiell begründet. Es ging ja tatsächlich im Durchschnitt irgendwie aufwärts. Und es war so das Gefühl, alles ging ihr so in die richtige Richtung. Sehr stark an der Stelle auch dieser damals noch absolut durchgesetzte Gedanke, meine Kinder werden es mal besser haben als ich. Eine Sache, die seit 10, 20, 30 Jahren vorbei ist, was ich für wesentlich halte. Wesentlich für die Kinder, aber auch wesentlich für so eine Haltung gegenüber dem System, in dem man lebt. So, insofern kann man sagen, war interessanterweise sozusagen die Wirtschaftsleistung. Die Wirtschaftsleistung war damals, am Anfang der 80er Jahre in Deutschland, die war nicht mal halb so groß wie heute. Trotzdem war das Leben irgendwie im Durchschnitt abgesicherter. Irgendwie auf eine Weise schon besser.

Kathrin Fischer

Weil man das, was diese Wirtschaftsleistung erbracht hat, anders verteilt hat?

Stephan Kaufmann

Anders verteilt hat, das ist das eine. Aber wenn man sich heute anguckt, also der Wohlstand ist ja gewachsen. Aber was sagt die Bundesregierung? Was sagt Friedrich Merz? Unser Wohlstand ist gefährdet. Damals schien er nicht so gefährdet. Jetzt fragt man sich, aber der Wohlstand ist doch viel größer als in den 80ern. Warum ist er denn jetzt permanent gefährdet? Das liegt jetzt an der Art und Weise, wie diese Wirtschaftsform Kapitalismus organisiert ist. Zwar ist der ganze Wohlstand da, aber er muss ja permanent neu verwertet werden, er muss ja permanent neu erwirtschaftet werden, er muss permanent neues Wachstum generieren. Das funktioniert immer schlechter und nun leben wir in einem Wirtschaftssystem, in dem der Wohlstand nur erhalten bleibt, wenn er wächst. Eigentlich eine sehr merkwürdige Geschichte, aber so ist der Kapitalismus. Und wenn er sich nicht vermehrt, dann ist Krise und Armut und Arbeitslosigkeit.

Kathrin Fischer

Ich würde trotzdem sagen, also ich verstehe das Argument, aber ich würde trotzdem sagen, dass ja heute auch die Ergebnisse der Produktivität anders verteilt werden. Dass eben Manager bis zu 300 Mal mehr verdienen als einfache Arbeitnehmende und dass das eben in den 70er und 80er Jahren noch anders war. Und dass das Teil dessen ist, darauf will ich ja hinaus, auf diese neoliberale Wende in den 80er Jahren, die nach dem, was ich darüber weiß, ja die Wirtschaftspolitik grundlegend verändert hat, dass man eben weg von so einem, was sie gerade gesagt haben, so ein Bewusstsein für Gemeinschaft. Ich meine Margaret Thatcher ist berühmt geworden mit sowas für Gesellschaft gibt es nicht, es gibt nur Männer

und Frauen und ihre Familien, also weg von so einer Vorstellung, wir sind ein Kollektiv, und dann eben weg vom Staat hin zu Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche und, Hat das nicht das Leben in Folge auch für die Menschen, die nicht sehr wohlhabend sind, viel anstrengender gemacht?

Stephan Kaufmann

Ja, ja, das ist auf jeden Fall so. Ich wollte gerade eben Ihnen auch gar nicht widersprechen in der Verteilungsfrage. Der Wohlstand war damals anders verteilt und das hat das Leben natürlich stärker des Durchschnitts, aber auch gerade der armen Menschen. Die Furcht vor Abstieg war damals nicht so groß. Ich meine, wenn man sich vorstellt als ich, ich erinnere mich noch an Zeiten, in denen gab es das Arbeitslosengeld, das hat man bekommen für einige Monate oder für ein Jahr und danach bekam man Arbeitslosenhilfe. Die war auch immer noch gemessen am vorangegangenen Lohn, etwas geringer als das Arbeitslosengeld, aber dann kam die Arbeitslosenhilfe und die kriegte man für immer. Ja, so, darunter ging es dann nicht mehr. Das wurde zum Beispiel dann in Deutschland mit der Agenda 2010 TASVIA abgeschafft und damit auch eine ganz grundsätzliche Verunsicherung nach unten, eine Angst vor dem Abrutschen wurde damit produziert.

Kathrin Fischer

Die Abstiegsangst, die jetzt immer wieder dann zur Erklärung herangezogen wird, warum Leute AfD wählen zum Beispiel.

Stephan Kaufmann

Ja, unbedingt. Und diese neoliberale Wende, das war ja damals abermals keine spontane, was Sie vorhin sagten über den Rätsel, keine spontane Revolte von unten, sondern es war eine Unzufriedenheit von oben, es war eine Unzufriedenheit der, ich würde sagen, der Eliten mit dem Zustand der nationalen Wirtschaft und einfach eine Umordnung. Des Wirtschaftssystems, das war immer noch Kapitalismus, aber eine Umordnung der Organisationsformen des Kapitalismus in Richtung von mehr Markt, weniger Staat, mehr Freiheit für die Unternehmen, was Sie sagten, Deregulierung, Liberalisierung, Abbau von staatlichen Vorgaben, alles, was Unternehmen Kosten verursacht oder auch, was ihren Aktionsradius einschränkt. Das ist ja, Privatisierung bedeutet ja auch, ich eröffne den Unternehmen Möglichkeiten, einen Gewinn zu machen, anstatt auf staatliche Versorgung zu setzen.

Kathrin Fischer

Genau und in Bereichen einen Gewinn zu machen, der ja bis dato auch einer staatlichen Daseinsvorsorge unterlag. Also wenn wir an Gesundheit, an Pflege, an Bildung, an Energie, an Mobilität denken, da ist ja sehr viel privatisiert worden, was früher vom Staat organisiert worden ist. Da gab es auch Kritik, dass das nicht immer effizient geschehen würde und und und. Aber die Unternehmen haben natürlich jetzt ungeheure Möglichkeiten Gewinne zu machen. Ich habe gestern mit einer Ärztin telefoniert, die sich bei mir gemeldet hat aufgrund

meines Buches, das sich ja kritisch mit Achtsamkeit auseinandersetzt und gesagt hat, ich beobachte hier, wie die ganzen Arztpraxen aufgekauft werden. Und ich habe einen Bekannten, der ist Radiologe und in der Radiologiepraxis gibt es keinen einzigen Arzt mehr, sondern nur noch Geschäftsführer und Kassenpatienten brauchen da gar nicht auftauchen. Also da würden wir sagen, das Leben hat sich doch für sehr viele Leute in der Folge verschlechtert, weil alles unter Gewinnlogiken gestellt wird.

Stephan Kaufmann

Ja, das sieht man übrigens auch. Man kann es sich heutzutage gar nicht mehr vorstellen. Aber es war ja auch so, dass Krankenhäuser nach dem Kostendeckungsprinzip finanziert wurden. Also sprich, die Krankenhäuser haben die Leistungen gebracht, die sie für nötig hielten und haben dann das dem Staat in Rechnung gestellt. Das ist quasi das Prinzip der Versorgung. Also heutzutage haben die öffentlichen Krankenhäuser feste Budgets, die sich einteilen müssen und deswegen sich überlegen müssen, welche ärztlichen Leistungen sie überhaupt bringen und welche sie besser lassen, weil sie sozusagen... Wird das Budget zu stark belasten. Oder es gibt eben, wie Sie sagen, privatisierte Kliniken oder Arztpraxen in den Händen von Finanzinvestoren. Dann geht es tatsächlich um die Rendite. Die Idee dahinter, die Idee der neoliberalen Wende war, ja, wir führen Marktmechanismen ein, weil das führt zu ganz viel mehr Effizienz in der Sache. Das führt quasi zu Sparsamkeit. Das mag zum Teil auch sein. Das Problem ist nur, dass Effizienz betriebswirtschaftlich gesehen oder sagen wir kapitalistisch gesehen, ist ja immer nur ein Hebel für die Rendite, für die Rentabilität. Und die Rentabilität geht nicht immer gut in eins mit den Bedürfnissen von Kranken, die halt Pflege oder ärztliche Leistungen brauchen.

Kathrin Fischer

Ich habe da ganz erschütternd ein Beispiel gelesen von Friedrich Schorp, einem Gesundheitssoziologen, der hat ein Buch geschrieben, Healthismus, den habe ich auch in meinen Podcast eingeladen und der sagt zum Beispiel, dass wir in Deutschland überdurchschnittlich oft Füße amputieren bei DiabetikerInnen, weil die Operation planbar ist, so und so viele Tage ist jemand da, Während wenn man einen Fuß, der diabetologisch oder wie man sagt erkrankt ist, muss man eigentlich sehr lange eincremen und pflegen. Und diese Pflege kann überhaupt nicht abgebildet werden nach Rendite-Logiken. Oder dafür gibt es auch für das Krankenhaus, wenn es nicht privat ist, nicht genügend Geld und dann werden die Füße eben amputiert.

Stephan Kaufmann

Eine andere Sache ist ja auch, das höre ich jetzt von Bekannten, jetzt werden wir alle älter und die Eltern werden alt und kommen in Pflegeheimen und so daher schon Zustände. Das ist so furchtbar. Es ist wirklich schlimm. und dafür können wirklich die Leute, die da arbeiten, am allerwenigsten. Interessant ist ja bei dieser Berliner Krankenhausbewegung, die bessere Arbeitsbedingungen für sich erkämpft haben. Da ging es ja nicht bloß um höhere Löhne, sondern da ging es schlicht darum, dass das Pflegepersonal gesagt hat, wir können uns nicht

um so viele Leute kümmern. Wir können diese Leute nicht pflegen und deswegen fordern wir einen anderen Patientenschlüssel. So, wir müssen dafür sorgen, dass es mehr Pflege für weniger Leute gibt, weil das die Pflege eben erfordert. Also diese Leute kämpfen noch nicht mal für irgendwie mehr Lohn, sondern einfach dafür, dass sie ihre Arbeit ordentlich machen können.

Kathrin Fischer

Ja, und ich meine, wenn wir das jetzt uns angucken, zu sagen, Facharzttermine sind schwierig zu kriegen, das Beispiel Radiologie, Pflegeheime, Krankenhäuser, keine bezahlbare Wohnung in der Stadt, Das führt zu Kontrollverlust und Ohnmachtserfahrung in einem Kapitalismus, der alles, auch alle Daseinsvorsorge komplett unter Gewinnlogiken stellt. Und der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heidmeier sagt, dadurch ist eine ganz spezifische Kapitalismusform entstanden. Er nennt das autoritären Kapitalismus und der ist dadurch gekennzeichnet, dass das internationale Kapital mehr oder minder ungehindert seine Interessen gegenüber nationalen Regierungen durchsetzen kann. Also dann gibt es internationale Finanzinvestoren, die halt in Pflegeheime investieren nach ihren Logiken und die nationale Regierung kann dem gar nichts entgegensetzen. Und er sagt, das führt zu einem Rechtsruck als einem Versuch, Kontrolle durch autoritäre und menschenfeindliche Mobilisierung wiederherzustellen. Was sagen Sie zu der These?

Stephan Kaufmann

Das ist auf jeden Fall so, dass diese neoliberale Wende und diese gesamte Individualisierung von eigentlich gesellschaftlichen Risiken, dass das zum Gefühl von Kontrollverlust und von Ohnmacht führt. Ich meine, die neoliberale Wende ging ja auch einher mit einem permanenten, nicht nur mit einem Abbau sozialer Sicherung, sondern auch mit einem permanenten Appell an die Eigenverantwortung. Also den Leuten wurde quasi die Verantwortung gegeben zur Lösung von Problemen, die sie ja selbst gar nicht so richtig lösen können. Deswegen gibt es ja den Sozialstaat.

Kathrin Fischer

Genau, die haben sie weder verursacht, noch können sie sie lösen.

Stephan Kaufmann

Genau, sie sind vielleicht bestenfalls lediglich der Anlass für das Problem, aber sie können sie nicht lösen. Der Vorteil von dieser Erklärung von Heidmeier finde ich ja, dass er damit erklären kann, warum das jetzt kein spezifisch regionales Problem ist mit dem Rechtstrend, sondern dass es in allen Regionen, eigentlich mittlerweile in allen Industrieländern, Rechte auf dem Vormarsch sind. Und ich finde es mir daran auch sympathisch, dass er die Ökonomie da als Ökonomie im weiteren Sinne verstanden hat. Als treibendes Moment sieht.

Ich finde nur bei Heidmayr, wie auch bei manchen anderen soziologischen Erklärungen,

Die haben eine Schwäche, zwei Schwächen eigentlich so ein bisschen. Ich finde das immer ein bisschen spekulativ. Aber vielleicht, weil ich einfach auch kein Psychologe bin und kein Soziologe. Ich finde es immer ein bisschen spekulativ. Es bezieht sich auf, als Erklärungsvarianten kommen da komplizierte psychische Mechanismen vor, durch die umstandslos vom Kontrollverlust zum Hass auf Migranten geschlossen werden kann. Heidmeier sagt ja quasi, es findet eine ökonomische Entsicherung, soziale Entsicherung statt. Das fördert die Angst bei den Leuten. Die Angst führt zu einem Wunsch nach Halt, nach Sicherheit. Und dieser Wunsch führt zu einem Wunsch nach Autorität, nach Macht, nach Schutz durch die staatliche oder irgendeine Form von Macht. Und das führt dann zur Wahl von rechten Parteien. Dieser Ansatz, der will Politik erklären, bleibt aber irgendwie so komisch unpolitisch, weil er eben auf diese ganzen psychologischen Mechanismen setzt, mit denen man eigentlich auch vernachlässigte Kinder erklären könnte. Also die Entsicherung führt zu Angst, Angst führt zum Wunsch nach Sicherheit und das führt zum Wunsch nach Autorität. So, irgendwie nimmt Heidmeier, damit finde ich, die politische Positionierung von Leuten, eben jetzt die Rechten, nicht so richtig ernst. Er nimmt sie eher als verirrte oder als verängstigte Wesen, also latent unzurechnungsfähige Wesen.

Kathrin Fischer

So eine Pathologisierung.

Stephan Kaufmann

Ein bisschen, ein bisschen. Es geht ja immer um den Zusammenhang zwischen Ökonomie und dem Rechtstrend, also dem Wahlverhalten, den Leuten. Da ist so schnell gesagt, ökonomische Gründe. So, Entsicherung. So, ich finde es okay, wenn man sagt, es muss eine Unzufriedenheit geben. Es muss irgendwie eine Form von ungutem Gefühl, Angst, von mir aus auch Wut geben. Es muss irgendein negatives Gefühl geben. Und dazu muss aber kommen, dass dieses negative Gefühl nicht als Schicksal empfunden wird. Das ist ja veränderbar. Also erstens ist es veränderbar. Und ich finde es bemerkenswert, dass ich glaube, schätzungsweise frei erfunden 90 Prozent der ökonomischen Missstände oder der individuellen ökonomischen Notlagen bearbeiten die Leute ja privat. So, dass sie sagen, ich muss mich halt mehr anstrengen, ich hätte motivierter sein sollen, ich muss mich weiterbilden, dann kommt diese ganze Sache mit der Achtsamkeit und der Selbstoptimierung hinzu, ich muss an mir arbeiten. Anders ist es ja mit dem Rechtstrend und ich finde das durchaus zu erklären, dass jemand sagt, nein, das liegt nicht an mir, also erstens ist meine ökonomische Misere kein Schicksal, das unabänderlich ist, daran kann ich was tun. Aber nicht nur ich bin gefragt, sondern irgendwie sind ja auch die Umstände schuld.

Und so wird die Unzufriedenheit erst so richtig politisiert. Die Umstände tragen eine Mitschuld. Und nicht nur ich werde offensichtlich von den Umständen oder von der Politik schlecht behandelt, sondern wir werden schlecht behandelt. Irgendeine Gruppe wird hier schlecht behandelt. Und dann erst, finde ich, kommt die Frage, wie definiert sich jetzt das Wir? Wer ist jetzt Wir? Und dann, finde ich, tut sich die Schere auf. Sagt man, wir sind wir

Deutschen, wir die Nation oder sagt man, wir als Klasse, wir als arbeitende Klasse kann man sie nennen oder wir als arbeitende Menschen. Also da macht man einen anderen Gegensatz zwischen innen und außen auf. So, dann erst, dann erst ist quasi diese Angst am Anfang fertig zu einer politischen Einstellung geworden. Und ich verstehe schon, dass man Leute, die rechte Parteien wählen, für latent unzurechnungsfähig oder irrational hat. Ich finde es ja auch gar nicht vernünftig, rechte Parteien zu wählen. Nur wenn ich dagegen angehen möchte, dann muss ich ja auf die Vernunft der Leute setzen. Ich wüsste gar nicht, wie es anders geht, weil im anderen Fall kann ich sie ja nur wegsperren. Es ist, ich muss also an irgendeine Vernunft appellieren. Und da würde ich eben ansetzen an dem Punkt von, wer ist denn wir?

Aber ich wollte damit nur sagen, das finde ich immer das komische Behalten bei vielen Soziologen, die operieren sehr viel, finde ich, mit ziemlich spekulativen psychologischen Annahmen, die immer so erstmal so einsichtig klingen, aber die ich, ich weiß es nicht, ob das alles so stimmt.

Kathrin Fischer

Also, Sie würden sagen, da kommt, also mir leuchtet es ein, was Sie sagen. Und ich würde ja sagen, das finde ich interessant. Ich habe ja auch Achtsamkeit beschrieben als einen Versuch, auf Ohnmacht zu reagieren, indem man sagt, naja, dann kann ich wenigstens mich selber gestalten. In meinem eigenen Inneren habe ich Kontrolle und bin ich auch wirksam. Und dann gibt es eben das Ressentiment. Und hier Joseph Vogl, der Literaturwissenschaftler, hat im Podcast gesagt, sowohl das Ressentiment als auch die Achtsamkeit sind beides Geschmacksverstärker für Ich-Gefühle. Und ich fand das ganz interessant, weil das Ressentiment, das haben Sie gerade auch gesagt, dass da ein Wir kommt. Und das ist, glaube ich, für mich auch etwas, was rechtes Gedankengut, sage ich mal, interessant macht. Weil das adressiert die Welt. Das adressiert nicht nur das eigene Innere, sondern man sagt eben, hey, die Welt muss sich ändern. Die muss sich auf eine Art und Weise ändern, dass wahrscheinlich die Probleme nicht gelöst werden, die wir derzeit haben. Aber zumindest wird die Welt mal adressiert. Und dann ist natürlich, was Sie gerade gesagt haben, es wird ein Wir konstruiert. Und in einer Gesellschaft, die stärker vereinzelt, ist dieses Wir und die Zugehörigkeit wahrscheinlich auch sehr attraktiv. Oder wie sehen Sie das?

Stephan Kaufmann

Mhm. Ja, ich würde es auch sagen, ich finde es schon einen Fortschritt, wenn man sagt, die Umstände. Ich lebe in Umständen und diese Umstände formen mich und ich sehe die Umstände auch als formbar an und nicht als Schicksal oder als Sachzwang, sondern ich finde, hier muss man was ändern. So prinzipiell finde ich das sympathisch, weil die Schuld und damit die Zuständigkeit nicht dem Individuum selbst auferlegt wird. Das ist ja quasi die neoliberale Version. Genau, und dann kommt es aber sehr darauf an, wie die Umstände adressiert werden. Also wer jetzt das Wir ist, das hier von der Politik oder von den Umständen schlecht behandelt wird, wer quasi das Innen ist und wer das Außen ist.

Kathrin Fischer

Ja, das ist eigentlich die perfekte Überleitung zur antifaschistischen Wirtschaftspolitik. Wir nähern uns der ja immer noch in Umwegen. Ich würde aber trotzdem nochmal einen Umweg nehmen, weil ich mich mal mit dem Begriff Faschismus ganz kurz mit Ihnen auseinandersetzen will, aus zwei Gründen. Also antifaschistisch heißt ja im Umkehrschluss, dass wir jetzt so etwas wie eine faschistische Wirtschaftspolitik erleben. So würde ich das verstehen. Wenn man sagt, wir brauchen jetzt endlich eine antifaschistische Wirtschaftspolitik, heißt es ja, die, die wir jetzt erleben, bringt die Menschen dazu, faschistische, rechtspopulistische, Rechtsextreme, wie immer man es nennen will, Parteien zu wählen. Könnte man vor dem Hintergrund auch die sogenannten Reformen der Bundesregierung, die ja im Großen und Ganzen die, wie soll man sagen, Menschen mit niedrigen und geringen Einkommen oder mittleren Einkommen treffen und die Vermögenden eher verschonen, könnte man das vor dem Hintergrund als faschistische Wirtschaftspolitik bezeichnen? Also nicht im Sinne von, die ist intendiert faschistisch, natürlich überhaupt nicht, aber die Konsequenzen könnten ein Rechtsruck sein.

Stephan Kaufmann

Ja, so könnte man, also wenn man davon ausgeht, dass es die Verunsicherung der Menschen ist, die sie nach rechts treibt, über die Mechanismen, über die wir schon gesprochen haben, dann erhöht natürlich *Ceteris Paribus*, wie man in der Volksstaatslehre, also unter sonst gleichen Umständen, erhöht das natürlich die Unsicherheit und nährt die Angst und beschert den Rechten weiteren Zulauf.

Klar, das ist natürlich keine faschistische Wirtschaftspolitik, also im Sinne von Wirtschaftspolitik für Faschisten. Aber es ist eine Politik, die die Angst für Menschen schürt und davon profitieren derzeit die Rechten. Es muss allerdings auch nicht immer so bleiben. Wäre es so, dass die zunehmende Unsicherheit und die zunehmende Verunsicherung eher Linke stärkt, dann wäre ja die Politik von Friedrich Merz auch keine sozialistische Wirtschaftspolitik. Sondern einfach eine Politik, die diese Seite stärken würde. Übrigens, was mir noch einfällt, ist es aus Sicht der CDU ist das durchaus antifaschistische Wirtschaftspolitik, die sie gerade betreiben. Weil, wie ich auch neulich in der FAZ las, Deutschland muss jetzt Reformen machen und den Standort wettbewerbsfähig machen, damit das Wachstum wieder anspringt. Weil wenn das Wachstum nicht mehr anspringt, dann werden die Leute immer unzufriedener und das treibt sie nach rechts. Das heißt, in dieser Logik bedeutet das konsequente Reform oder eben zum Teil auch konsequente weitere Entsicherung der Leute ist ein Mittel gegen den Rechtstrend, weil davon ausgegangen wird, was die Leute erstmal brauchen, ist nicht Sicherheit, sondern sie brauchen Wachstum. Und aus dem Wachstum käme dann eine neue Sicherheit. Und wenn dieses Wachstum dann anspringt, dann hilft das auch gegen die Rechten. Also das ist quasi die Politik der Konservativen.

Kathrin Fischer

Ich meine, das kann man wahrscheinlich auch kritisieren aus guten Gründen, nur selbst wenn man in dieser Logik bleibt, ist mir, das kann ich mir jetzt nicht verkneifen, rätselhaft, wie sozusagen das Streichen der Kinder-Soforthilfe von 25 Euro für arme Kinder im Monat zum Wachstum beiträgt. Also das ist doch rein ideologisch. Da werden Menschen bestraft, die arm sind.

Stephan Kaufmann

Ja, das ist zum Teil so. Es gibt ja auch zwei verschiedene Motoren oder Motivationen hinter diesen Reformen. Die eine ist Stärkung des Wachstums und die andere ist Einsparung. Einsparung bei Punkten, von denen man sagt, dass sie dem Wachstum nicht helfen. Und ich würde da sozusagen das, was sie gerade eben gesagt hat, ungefähr da einordnen. Weil irgendwie müssen ja die Steuersenkungen für die Unternehmen und für die Vermögenden müssen ja irgendwie finanziert werden und die Aufrüstung.

Kathrin Fischer

Ja, das ist bitter. Jetzt noch ein kleiner Exkurs zum Begriff Faschismus. Sie müssen jetzt als Ökonom hier für vieles herhalten in den Fragen. Aber ich meine, der Begriff ist ja einerseits unglaublich aufgeladen und andererseits unklar. Und es gibt viele verschiedene Faschismusdefinitionen und es gibt sehr viel Diskussion, ob und falls ja, welche der aktuellen Herrschaftsformen, die wir gerade erleben, man mittlerweile schon faschistisch nennen dürfte und welche nicht. Und auch der Begriff der Antifa ist ja extrem aufgeladen bei der Gegenseite. Und vor diesem Hintergrund einer sozusagen, wie soll man sagen, Begriffspolarisierung oder dieser enormen Aufgeladenheit und Sprengkraft des Begriffs, halten Sie den Begriff einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik für sinnvoll in der Debatte?

Stephan Kaufmann

Es ist ja eine Werbemaßnahme, würde ich sagen. Es ist ja eigentlich nur ein Schlagwort. Das ist vielleicht auch nützlich, das ist auf jeden Fall überraschend. Ich finde diese Wortzusammenfügung, antifaschistische Wirtschaftspolitik, die weckt ja Interesse, die kombiniert das große Wort Antifaschismus mit offensichtlich konkreten Maßnahmen. Das klingt so machbar. Dadurch wird Antifaschismus quasi eine wirtschaftspolitische Technik.

So, sozusagen, ich finde gut daran, auch an der Stelle, dass da ein Zusammenhang von Faschismus und Ökonomie gemacht wird, denn die rechten Einstellungen haben ja eine materielle Basis. Gleichzeitig ist natürlich aus den Gründen, die Sie ganz haben, auch problematisch. Es ist auch problematisch, Antifaschismus als bloße Technik, als eine Frage geeigneter wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu fassen. Damit erspart man sich quasi Diskussionen mit Rechten, langes Argumentieren und so weiter und so fort. Man legt einfach ein paar Hebel um und dann fühlen sich die Leute wieder sicher. Und weg ist der Rechtsruck, weg sind Rassismus und Nationalismus. Wie gesagt, so einfach ist die Sache natürlich nicht. Insofern finde ich den Begriff der antifaschistischen Wirtschaftspolitik so als Catchphrase,

finde ich den interessant. Das weckt Interesse, finde ich. Und insofern ist er gut. Und aber, dass Antifaschismus tatsächlich allein mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen bewerkstelligt werden könnte, ist natürlich Wunschdenken. Und übrigens auch ein bisschen autoritär. Bisschen autoritär, es ist ja auch ein bisschen von oben herab. Das ist ja so die Haltung, ich rede mit den Leuten gar nicht, rede ihnen gar nicht ihre rechten Einstellungen aus. Und ich Sorge einfach dafür, dass sie sich sicher fühlen und dann beruhigen sie sich schon wieder. So, ich will gar nicht gegen die Maßnahmen der antifaschistischen Wirtschaftspolitik. Ich finde das ja alles gut und schön und so weiter. Ich will auch gar nicht dagegen so stark argumentieren, aber es hat auch ein bisschen was Autoritäres.

Kathrin Fischer

Was Paternalistisches, ne?

Stephan Kaufmann

Paternalistisches, besser, ja. Das ist besser, besser. Und übrigens können die Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit, können übrigens auch von rechten Regierungen gemacht werden. Es gibt ja ein Land in Europa, das gerade, ist ja ein wesentlicher Punkt der antifaschistischen Wirtschaftspolitik, sind Preiskontrollen im Einzelhandel, damit die Sachen bezahlbar bleiben. Es gibt ja ein Land in Europa, das das sehr weit getrieben hat mit den Preiskontrollen, gerade im Einzelhandel. aber auch im Bereich der Telekommunikation, dieses Land war jetzt ausgerechnet Ungarn unter Orbán. Also keine antifaschistische Regierung, weil die sich einfach zunutze gemacht haben, dass sie gesagt haben, wenn wir die Preise kontrollieren, dann sind die Leute zufriedener und das schafft einen zufrieden mit dem Status quo, also mit uns. Also insofern kann man antifaschistische Wirtschaftspolitik auch betreiben als Sicherung der sozialen Stabilität, egal welche Regierung gerade dann ist. Aber wie gesagt, ich möchte nicht schimpfen über die antifaschistische Wirtschaftspolitik ich finde es ja eigentlich gut

Kathrin Fischer

Genau, dann gucken wir uns doch jetzt mal zusammen die Bestandteile der Reihe nach an und ich muss dazu vielleicht Folgendes sagen, es gibt natürlich viele Auflistungen, was das für Maßnahmen sind. Ich habe mich jetzt mit den Maßnahmen, die wir gleich besprechen werden, an einem Buch orientiert, an dem sie mitwirken, in dem sie interviewt worden sind zu dem ganzen Thema Preiskontrollen. Das ist der verdrängte Kapitalismus, Möglichkeiten und Grenzen antifaschistischer Wirtschaftspolitik von Sabine Nuss. Ich verlinke das natürlich in den Shownotes. Und deshalb orientiere ich mich jetzt auch an den Maßnahmen, die wir besprechen, an den Maßnahmen, die in diesem Buch diskutiert werden. Und da könnte man vielleicht noch andere dazu führen, nur der Transparenz halber, warum es so gekommen ist, wie es gekommen ist. Und das sind Vermögenssteuer, Mietendeckel bzw. Mietpreisregulierung, Preiskontrollen haben sie gerade schon erwähnt und auch staatliche Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau. Und die vier würde ich mit Ihnen gerne einmal durchgehen und wir können mit der Steuerpolitik anfangen. Das fand ich jetzt nicht so ein wahnsinnig überraschendes Mittel, um Spielräume für sozusagen politische,

öffentliche Investitionen und soziale Entlastungen zu schaffen. Also große Vermögen sollen stärker besteuert werden und Konzerne sollen im Zweifel durch Übergewinnsteuern an Krisenprofiten gehindert werden. Aus Ihrer Sicht eine gute Idee?

Stephan Kaufmann

Ich finde das eine gute Idee. Sie haben natürlich recht, so wahnsinnig überraschend ist es nicht. Nun bietet dieses Feld der Finanzierung der antifaschistischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch nicht so viele Varianten. Die Geldquellen sind ja dem jetzigen Finanzminister genauso bekannt wie heute. Wie den Vertretern der antifaschistischen Wirtschaftspolitik. So viele Varianten gibt es dann ja auch nicht. Aber ich finde, ja, das ist eine gute Idee. Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer insbesondere, überhaupt Kapitalsteuer, dadurch lassen sich schon Mittel generieren zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und anderer Bestandteile der antifaschistischen Wirtschaftspolitik. Man muss ja immer wissen, dass Geld, weil immer gesagt wird, wie die Menschen in Deutschland mit Steuern belastet werden und so weiter, was sich der Staat alles aneignet, so als ob der Staat irgendwas da draußen ist oder das Geld wäre weg, indem man es weggezahlt hat. Und die Gesellschaft erhält das ja zurück. Es kommt darauf an, in welcher Form, zum Beispiel in Form von Infrastruktur oder sozialer Sicherheit. Außerdem wäre es auch ein Beitrag zur Umverteilung von oben nach unten und zu mehr Gleichheit. Und das befriedigt ja auch ein Gerechtigkeitsempfinden. Gerechtigkeitsempfinden ja eigentlich nicht nur, weil es dadurch ein bisschen weniger Ungleichheit gäbe, sondern weil es sich ja auch um, wie immer mal wieder gesagt wird, weil es sich ja auch eigentlich nicht um eine Umverteilung handelt, sondern auch um eine Rückverteilung. Die großen Vermögen werden ja von der Mehrheit der Menschen erarbeitet und in Wert gehalten. Das Geld der Reichen arbeitet ja nicht. Und die Fabriken arbeiten auch nicht, sondern die Menschen tun das.

Kathrin Fischer

Ich finde das total interessant. Wir haben erwachsene Kinder und unter jugendlichen Menschen sind ja Aktien so eine Riesensache. Und für die ist das immer irgendwie kluge Geldvermehrung, die irgendwie sowas Mystisches hat. Wie diese Vermehrung des Geldes eigentlich erzeugt wird, das weiß, glaube ich, keiner.

Stephan Kaufmann

Das ist ja auch der oberflächliche Anschein der ökonomischen Zustände. Legt es ja auch nach, ich lege Geld an und dann hackt es Zins, also dann bringt es Zins, das angelegte Geld. Dass dieses angelegte Geld ja irgendwo investiert werden muss und dass dann irgendjemand arbeiten muss. Also dass eine Aktie nichts weiter ist als ein Anrecht auf künftige Zahlungsströme, auf künftiger Anteil am Gewinn und irgendjemand diesen Gewinn ja auch produzieren muss. Das verschwindet halt unter der Oberfläche der Geldanlage.

Kathrin Fischer

Nochmal zu den höheren Steuern und auch Übergewinnsteuern. Das hat man ja jetzt, als die Benzinpreise so angestiegen sind, auch tatsächlich hin und wieder mal gehört, dass das eine Möglichkeit wäre. Halten Sie das mittlerweile für etwas realistischer als früher? Also die Vermögenssteuer ist ja, glaube ich, seit 1996 ausgesetzt. Die Erbschaftssteuer ist total löchrig. Übergewinnsteuer hatten wir zum Beispiel auch in der Gaskrise nicht, sondern da hat der Staat eben eine Preiskontrolle im Grunde durchgeführt. Können wir gleich drüber reden. Haben Sie das Gefühl, dass sich da so die Stimmung in der Bevölkerung und damit vielleicht auch die politischen Mehrheiten ein bisschen zugunsten der Besteuerung von Wohlhabenden und großen Vermögen ändert?

Stephan Kaufmann

Das weiß ich nicht so richtig. Ich könnte mir das vorstellen, aber da kann ich keine belastbare Aussage zu treffen. Das weiß ich leider nicht.

Kathrin Fischer

Ja, ist doch auch schön. Ich finde, ich habe immer Vertrauen in das Wissen von Menschen, die die Grenzen ihres Wissens auch kennen. Also dann kommen wir doch nochmal zum zweiten Punkt. Mietendeckel oder Mietpreisregulierung? Ich finde, da muss man gar nicht viel zu sagen. Die Mieten werden dauernd erhöht. Viele Wohnungen in Städten sind für durchschnittliche Einkommen mittlerweile viel zu teuer. Die Menschen zahlen bis zu 40 und 50 Prozent ihres Einkommens für die Miete. Und es gibt Studien, die nachweisen, dass die Erhöhung von Mieten in Deutschland zu einem Wähleranstieg der AfD führt. Da sind wir wieder bei dem Thema, was wir schon am Wickel hatten. Insofern klingt die Idee, Mietpreise zu regulieren oder eben Mietendeckel einzuführen, für mich ja erst mal gut. Was sagen Sie?

Stephan Kaufmann

Auf jeden Fall. Das ist ja nicht nur eine gute Idee, sondern es scheint, vielleicht ist mein Blick darauf auch getrübt durch die Tatsache, dass ich in Berlin lebe, aber das ist ja auch notwendig. Das ist ja wesentlich. Also wesentlicher Punkt der antifaschistischen Wirtschaftspolitik ist ja die Sicherung der sogenannten Essentials, also der essentiellen Güter. Und dazu gehört Wohnraum ja auf jeden Fall. Das ist sowieso der größte Ausgabenposten in eigentlich jedem Haushalt. Und in Großstädten ja ein massives Problem. Dazu kommt, dass sich die Probleme auf dem Wohnungsmarkt ja rein privatwirtschaftlich nicht lösen lassen. Also klar, es wird immer gesagt, Vergesellschaftung soll nicht sein. Ich habe Sympathien für die Vergesellschaftung von Wohnraum. Dagegen wird immer gesagt, Vergesellschaftung von Wohnraum schafft ja keine neue Wohnung. Das stimmt auf jeden Fall. Das soll sie auch gar nicht. Aber das Gegenmodell quasi der marktliberalen Seite, bauen, bauen, bauen, nützt ja auch nichts, wenn nur unbezahlbare Wohnungen entstehen. Deswegen muss so etwas wie ein Mietendeckel natürlich kombiniert werden mit öffentlichen Bauprogrammen, also mit dem Bau von Wohnungen, die nicht an der Kapitalrendite orientiert sind.

Kathrin Fischer

Also öffentlicher Wohnraum.

Stephan Kaufmann

Ein öffentlicher Wohnraum muss her unbedingt. Ein weiteres Argument dagegen, ich ließe ja immer auch aus neoliberalen Zeiten, dass private Wohnungsunternehmen, was weiß ich, wie Vonovia oder Deutsche Wohnen, das alles effizienter und innovativer machen können als der Staat. Und da habe ich jetzt gerade gestern ein interessantes Zitat von dem Ökonom Tom Krebs gelesen, der schreibt, es gibt nichts, was deutsche Wohnen leisten könnte, dass eine gut geführte öffentliche Wohnungsbaugesellschaft nicht ebenso gut könnte. Und zwar zu viel geringeren Kosten, weil sie keine hohen Dividenden an internationale Finanzinvestoren ausschütten muss. So insofern ist auch das Argument Privatunternehmen sind doch viel effizienter gilt einfach wie viele andere Sachen auf dem Wohnungsmarkt schlecht nicht

Kathrin Fischer

Dann kommen wir zum dritten Punkt, das sind die sogenannten Preiskontrollen und da die Frage an Sie was sind Preiskontrollen oder wie unterscheiden die sich eigentlich von einem Mietendeckel ist das was anderes oder ist ein Mietendeckel nicht eigentlich eine Preiskontrolle bei Wohnungen?

Stephan Kaufmann

Absolut, das ist es Okay. Das ist es aber, der Staat, es gibt ja verschiedene Formen sozusagen, wie die Politik oder wie eine Regierung Preiskontrollen ausüben kann. Preiskontrolle heißt einfach, dass die Freiheit des Unternehmers zur Preisfestsetzung, die Teil der Freiheit des Eigentums ist, in der hiesigen Wirtschaft, dass die eingeschränkt wird. Und das findet ja heute schon ständig statt und da reagiert die Politik halt darauf, auf diese unternehmerische Freiheit zur Preisversetzung, weil die zu gesellschaftlich unerwünschten Ergebnissen führt. Also ein Beispiel dafür ist der Bucherparagraf, der sagt zum Beispiel, dass der Anbieter einer Leistung eines Gutes nicht die Ahnungslosigkeit oder die Notlage eines Menschen ausnutzen darf und weit überhöhte Preise verlangen darf. Aber es gibt auch sowas wie die Buchpreisbindung, die die Konkurrenz in den Buchhandlungen regulieren oder etwas abschwächen soll. Es gibt den berühmten Apfelsaftparagrafen, der festlegt, dass in einer Gaststätte das billigste Getränk immer ein nicht alkoholisches sein muss, damit die Leute nicht anfangen zu saufen aus Geldmangel.

Kathrin Fischer

Also nicht zumindest aus dem Geldmangel.

Stephan Kaufmann

Aus dem Geldmangel, genau. Und dann gibt es bei der antifaschistischen Wirtschaftspolitik auch noch speziell Preiskontrollen-Krisensituationen. Wie jetzt die Straße von Hormuz ist wegen des Kriegs in Iran gesperrt, Öl wird langsam knapp, aber bevor es noch richtig knapp

wird, steigen schon die Preise, die Preise explodieren, das spürt man an den Tankstellen, das kann sich dann fortsetzen. Das Preise für Dünger stark steigen, das Preise für Agrargüter stark steigen und so weiter und so fort. Da plädiert die antifaschistische Wirtschaftspolitik für Preiskontrollen in Krisensituationen, wo dann in diesen Situationen der Staat Preiskrenzen festsetzt. Übrigens, also eigentlich auch eine Form der Preiskontrolle ist das, was der New Yorker Bürgermeister Mamdani jetzt macht, der hat Pläne zur Einrichtung von kommunalen Supermärkten. Und in diesen Supermärkten soll eine Reihe von Lebensmitteln bis zu 30 Prozent günstiger angeboten werden als in privaten Geschäften. Auch auf diese Weise kann man versuchen, indem man den Marktmechanismus nutzt, die Preise zumindest zwar nicht zu kontrollieren, aber zu beeinflussen.

Kathrin Fischer

Wer bezahlt denn dann die Differenz? Also wenn die Butter eigentlich, ich sag mal, 4,50 Euro kosten würde und der Staat sagt jetzt, das ist uns zu teuer, wir haben Angst, dass die Leute auf die Straße gehen. Wir begrenzen den Preis bei drei Euro. Ich meine, wir hatten ja den Gaspreis, der war ja zu Beginn des Krieges auch gedeckelt. Wer finanziert denn dann die Lücke, die dem Unternehmen entsteht? Das sagt, na ja, eigentlich könnte ich zwei Euro pro Butter mehr verdienen.

Stephan Kaufmann

Das ist eine total gute Frage, weil es nämlich die eigentliche Frage stellt bei den Preiskontrollen, wer zahlt. Wer zahlt eigentlich? Es gibt ja nur zwei Quellen, aus denen das Geld kommen kann. Die eine ist die öffentliche Hand, der Staat, oder eben die Unternehmen. Entweder der Preis wird so festgesetzt, dass die Unternehmen auf Gewinn verzichten müssen. Dann zahlen das letztlich die Unternehmen oder die Eigentümer der Unternehmen oder die Aktionäre und Aktionärinnen der Unternehmen. Zahlen das durch geringere Gewinne. Oder aber der Staat subventioniert den Preis, zu dem die Verbraucher das gut beziehen können. Das ist eben der Gaspreisdeckel, der im Kern gar kein Preisdeckel war, sondern der Staat hat einfach gesagt, der Privathaushalt darf nicht mehr als x Euro für Gas oder Strom bezahlen. Und wenn der Marktpreis darüber liegt, sprich, wenn die Unternehmen mehr verlangen, dann erstatte ich dem privaten Haushalt den Rest. Also insofern ist das gar kein richtiger Preisdeckel, sondern eigentlich bloß eine Subvention.

Kathrin Fischer

Des Staates der Unternehmen. Also der Staat hat dann eigentlich die Gewinne der Unternehmen finanziert.

Stephan Kaufmann

Genau, weil ich glaube, davon ausgegangen wurde, das ist ja auch das Problem bei diesen Preiskontrollen, wenn jetzt der Weltmarktpreis für Gas oder für Öl jetzt steigt und der Staat würde einen Preisdeckel einführen, dann hat er ja erstmal keinen Zugriff auf den Weltmarktpreis für Öl oder für Gas. Da kann er unter Umständen den Anbietern, Shell oder

Total oder wie die großen Konzerne heißen, ja erstmal gar nicht unbedingt vorschreiben, wie viel sie für das Öl nehmen. Der entsteht ja an den weltweiten Rohstoffbörsen. So auf diesen Preis hat er dann wenig Einfluss. Und wenn dann der Preis dort steigt und die deutschen Versorger, die die privaten Haushalte beliefern, wenn die diesen Weltmarktpreis erstmal beim Einkauf zahlen müssen und dann auch nicht wahnsinnig viel auf den Preis aufschlagen, Dann kriegt man geringere Preise nur so hin, indem der Staat das subventioniert.

Kathrin Fischer

Ich habe Sie in dem Buch, was ich gerade erwähnt habe, in dem Sie zu Preiskontrollen interviewt werden, so verstanden, dass Sie Preiskontrollen auch skeptisch gegenüberstehen. Warum? Wo sehen Sie die Gefahren?

Stephan Kaufmann

Ich verstehe den Ansatz von Preiskontrollen, weil man gerne möchte, dass das Leben bezahlbar ist. Das heißt, dass sich die Leute bestimmte Dinge einfach leisten können müssen. Und da gehören dann Wohnen oder Energie oder Lebensmittel sollen dazugehören. Diesen Impetus, diese Motivation verstehe ich total gut. Aber Kapitalismus ist kein Wunschkonzert. Derzeit ist ja die Wirtschaft organisiert, also die Produktion organisiert nach dem Prinzip der Rendite und des Wachstums. Sozusagen der Vermehrung des privaten Reichtums. Und davon ist mehr oder weniger alles abhängig gemacht, ob etwas produziert wird, wie etwas produziert wird, wann und ob es überhaupt produziert wird, ist abhängig von den privaten Kalkulationen der Unternehmen und die wollen damit einen Gewinn machen. Wie Volkswagen-Chef Oliver Blume ja letztes Jahr gesagt hat, wir können die tollsten Autos der Welt bauen, aber das nützt nichts, wenn wir keinen Gewinn damit machen. Tja. So, wenn das so ist, wenn Wirtschaft so funktioniert, dann darf diese Unternehmensrendite ja nicht dauerhaft stark beschädigt werden.

Da besteht ja die Gefahr, dass wenn ich in die unternehmerische Freiheit der Preisgestaltung eingreife und diese unternehmerische Freiheit der Preisgestaltung dient ja dem Zweck, den Unternehmenszweck zu realisieren, nämlich den Gewinn zu machen. Wenn ich ihm das untersage, dann besteht natürlich die Gefahr, dass das Unternehmen die entsprechenden Güter gar nicht mehr anbietet. Das ist jetzt für Deutschland ein bisschen weit hergeholt, aber im globalen Süden gibt es das ja ständig, dass der Staat Preisgrenzen erlässt und dann verschwinden die Güter und tauchen auf dem Schwarzmarkt zu weit überhöhten Preisen wieder auf. Klar, es ist jetzt nicht gerade die Situation in Deutschland, aber in der Konsequenz können Preisdeckel schon dazu führen, solange die Wirtschaft so organisiert ist, wie sie organisiert ist. Sprich ein Preisdeckel, setzt ja nicht den Fakt außer Kraft, dass das Unternehmen mit dem Preis einen Gewinn realisieren will und ansonsten nicht produziert.

Kathrin Fischer

Und das ist im Kapitalismus das eigentliche Problem, wenn wir kurz mal von der konkreten Ebene der antifaschistischen Wirtschaftspolitik auf das dahinterliegende grundsätzliche Problem schauen.

Stephan Kaufmann

Man kann es vielleicht ein bisschen freundlicher gegenüber dem Kapitalismus ausdrücken. Dieses Prinzip ist nicht nur das eigentliche Problem, ist aber auch der große Ermöglicher. Das ist alles, was ja an Reichtum so da ist, ist aufgrund dieses Prinzips irgendwie entstanden. Und insofern, ich würde auch sagen, das ist letztlich das große Problem, auch das der antifaschistischen Wirtschaftspolitik, beziehungsweise des Versuches, den Menschen ein sicheres Leben zu bieten. Da steht die unternehmerische Renditerechnung natürlich dagegen. Aber man muss der Fairness halber auch sagen, dass eben Kapitalismus der ganze Reichtum ja auch angeschafft worden ist, der derzeit so da ist.

Kathrin Fischer

Dann, ehe wir über Grundsätzliches sprechen, nochmal den letzten Baustein der antifaschistischen Wirtschaftspolitik, den ich jetzt hier sozusagen angekündigt hatte. Das sind verstärkte staatliche Investitionen in Verkehr, Bildung, Gesundheit, Energie, kommunale Infrastruktur, um eben Zukunftsaussichten zu schaffen, öffentliche Güter zu stärken. Auch da wieder die Frage, das klingt für mich, wie gesagt, ich bin keine Ökonomin, ich lese mir das immer so an, Ehrlich gesagt nach keynesianischer Politik, nach der eben der Staat zwischendurch immer mal wieder eingreift.

Stephan Kaufmann

Ja, da gibt es ja auch Ähnlichkeiten. Sagen wir immer so, antifaschistische Wirtschaftspolitik steht ja quasi auf dem Standpunkt sowas wie Verkehr, Verkehrsmittel, Nahverkehr, Bildung, Gesundheit, Energie, Infrastruktur und so weiter. Das sind die sogenannten Essentials und das sind grundlegende Güter des Lebens. Und da sagt man, die müssen schlicht verfügbar sein. Die müssen verfügbar sein und auch bezahlbar sein. Also hier geht es um die konkreten Güter und Gegenstände. Hier geht es um eine Versorgung.

Keynesianische Politik hat einen etwas, üblicherweise einen etwas anderen Ansatz. Ja, da greift der Staat auch ein, wenn der Markt irgendwas nicht oder nicht genug oder zu teuer anbietet. Insofern ist es das Gleiche. Aber Keynesianische Politik hat einen anderen Maßstab für die Sinnhaftigkeit des Eingriffs in den Markt und das ist das Wirtschaftswachstum. So, keynesianische Politik zielt im Allgemeinen auf staatliche Eingriffe, die das Wachstum stärken und vor allem absichern und stabilisieren sollen. Sprich, da übernimmt der Staat nicht bloß bestimmte Aufgaben, weil die Dinge schlicht gebraucht werden, wie zum Beispiel die Bahn, einfach weil die Leute von A nach B wollen, in diesem Sinne wäre es an Essential, sondern im keynesianischen Sinne übernimmt der Staat eher die Kosten oder auch den Kapitalforschuss und unterhält und baut die Bahn, weil sie für das Wachstum nötig ist.

Der Staat sichert damit also aus keynesianischer Sicht die Voraussetzungen des Wachstums. Ich muss noch ganz kurz dazu sagen, was Isabella Weber genau meint mit antifaschistischer Wirtschaftspolitik, dazu hat sie jetzt ein Buch geschrieben, das kommt im Oktober raus, da wird sie das nochmal genauer aufblättern. Das ist im Moment kein, nicht dass der Eindruck entsteht, das sei ein fertig ausgearbeitetes Konzept. Das sind im Moment so Ideen und eine wesentliche Idee in dieser Sache ist eben die Absicherung von essentiellen Gütern für das Leben, zur Absicherung der Leute. Dazu gehört, das finde ich, einen wesentlichen Punkt bei der antifaschistischen Wirtschaftspolitik, dass gesagt wird, unter Umständen ist es dann nötig, bestimmte Bereiche aus dem Markt herauszulösen. So, dann geht es nicht mehr um Preiskontrollen und sowas, sondern übernimmt der Staat das überhaupt. So, jetzt auch beim öffentlichen Wohnungsbau und so weiter und so fort. Dann wird das wirklich dem Markt und damit dem Zwang zur Rendite entzogen.

So wie es ja schon mal war, kann man ja auch sagen. Also auch die Bahn oder auch Energie oder Wasserversorgung, wenn Wasserversorgung privatisiert wird, erleben wir ja auch was geschieht. Also eigentlich ist es ja ein Schritt zurück, wie wir das mal verstanden haben, dass öffentliche Güter eben auch von der öffentlichen Hand organisiert werden.

Ja, und dann kann man natürlich sagen, aus einer liberalen Seite, der Staat ist am Ende nicht so effizient dabei wie der Markt, aber würde ich dagegen halten, diese Effizienz des Marktes sorgt nicht bloß für einen effizienten Umgang mit den Ressourcen, sondern eben auch unter Umständen zu massiven Versorgungsproblemen. Und dann wäre die staatliche Leistung vielleicht nicht ganz so effizient im Verhältnis Kosten zu Ergebnis, aber immerhin wären die Sachen da.

Kathrin Fischer

Und ich habe jetzt noch mal eine Nachfrage, weil ich habe sie gerade so verstanden, als Sie gesagt haben, naja, bei Keynes ist es so, der organisiert als Ziel das Wirtschaftswachstum. Bei der antifaschistischen Wirtschaftspolitik ist das Ziel eine Grundlegende, also eine Versorgung mit grundlegenden Gütern. Und das habe ich jetzt so verstanden, dass die antifaschistische Wirtschaftspolitik damit ja auch ausdrücklich ein politisches Ziel hat. Ist jetzt vielleicht ein bisschen ein No-Brainer, weil antifaschistisch ist ja schon ein politisches Ziel. Aber vielleicht, um das nochmal so ganz explizit zu machen.

Stephan Kaufmann

Ja, das soll, wie in diesem Ausdruck, über den wir ja schon gesprochen haben, antifaschistische Wirtschaftspolitik ausgedrückt ist, hat das eben nicht nur ein ökonomisches Ziel, sondern über das ökonomische Ziel wird ein politisches Ziel verfolgt. Nämlich eine Zurückträgung des Rechtstrends, beziehungsweise der Versuch, den Leuten den Anlass für ihre Unzufriedenheit zu nehmen und sie dadurch auf bessere Gedanken zu bringen.

Kathrin Fischer

Für wie wirksam halten Sie denn diesen Ansatz im Kampf gegen rechte Mobilisierung?

Stephan Kaufmann

Also wirksam im Sinne von wie wirksam im Kampf gegen Rechts. Das ist sehr hypothetisch. Also klar, muss man sagen, einerseits, wenn der Ausgangspunkt ist, die Leute wählen rechts wegen ihrer Unzufriedenheit und ihrer verstärkten Unsicherheit, dann würde eine Versicherung der Leute unter gleich beiden Bedingungen die Leute natürlich zufrieden machen mit dem Status Quo und damit entfielen der Grund, eine Partei zu wählen, die verspricht, alles wird anders. So, dann wäre einfach die empfundene Notwendigkeit, dass alles anders werden muss, würde damit entfallen. Und das ist sozusagen die Logik der antifaschistischen Wirtschaftspolitik und das ist auch ein starker Punkt. So, soweit.

Andererseits sehe ich hier, wenn man sich jetzt, weil die antifaschistische Wirtschaftspolitik legt ja nahe, es ginge nur um einige politische Maßnahmen. Die wirkt so schön technisch, so schön umsetzbar. Ich sehe aber ein größeres Problem bei der Umsetzung. Das im Wesentlichen darin besteht, also bei der politischen Umsetzung, das im Wesentlichen darin besteht, um die antifaschistische Wirtschaftspolitik zu machen, müsste man ja linke Politik machen, sprich, dann müssten eher linke gewählt werden. Nun wählen die Leute aber rechts. Jetzt wählen die Leute aber rechts bis konservativ und diese Parteien, die rechten und konservativen Parteien, die versprechen ja eher das Gegenteil von antifaschistischer Wirtschaftspolitik. Sie versprechen erst mal zunehmende Entsicherung. Das sind ja die berühmten Sozialreformen im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Und offensichtlich glauben die Menschen, die diese Parteien wählen, dass der einzige Weg aus der Krise eben eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist, der deutschen Unternehmen ist, dass wir mehr Wachstum brauchen. Das bedeutet, dass wir höhere Unternehmensgewinne brauchen, aus denen dann mehr Jobs und mehr soziale Sicherheit finanziert werden können. Bedeutet, die Leute glauben offensichtlich in der Mehrheit, dass der Weg zu mehr Sicherheit über mehr Unsicherheit führt.

Erstmal. So, und das würde ich sagen, liegt daran, dass die Leute, die Leute, sage ich immer, also die Menschen, die konservativ bis rechts wählen, eine andere Idee der herrschenden Wirtschaft im Kopf haben als ich. Also ich finde ja die antifaschistische Wirtschaftspolitik sympathisch, aber ich gehe auch davon aus, dass das System, in dem wir leben, eher einer Klassengesellschaft edelt oder eine Klassengesellschaft ist, sozusagen, wo es einen Gegensatz gibt zwischen Kapital und Arbeit, wo die Lohnabhängigen und was sie eben verdienen und wie ihr Leben aussieht, dem Zwang zur Rendite unterworfen sind. Und damit sind sie zwar abhängig vom Wachstum, das stimmt schon, aber das tut denen nicht unbedingt gut. Und deswegen habe ich Sympathie für die antifaschistische Wirtschaftspolitik, weil die stellt sich auf den Standpunkt, der Reichtum ist da, holen wir ihn uns, nutzen wir ihn.

So, das herrschende Bild ist aber, das die Menschen im allgemeinen Kopf haben, ist aber ein anderes. dass da sieht der Kapitalismus immer eher so aus wie eine große Produktionsgemeinschaft. Und in der großen Produktionsgemeinschaft gibt es Unternehmen und Arbeitnehmer und jeder leistet seinen Beitrag zum Gemeinschaftswerk. Die Arbeitnehmer leisten ihre Arbeit, die Unternehmer bieten die Maschinen und die Fabriken

und übernehmen das Risiko und gemeinsam produzieren sie unsere Wirtschaftsleistung, unser Bruttoinlandsprodukt, eben die Nationalökonomie. Also mit Nationalökonomie und Volkswirtschaft, Nation und Volk, ist immer schon die Grenze dieser Gemeinschaft genannt. So, und in dieser nationalen Ökonomie herrscht irgendwie so im Bild viele Leute anscheinend eine große Harmonie. Es ist so eine Art Gemeinschaftswerk und alle Gegensätze sind verschwunden. Und dieses große Gemeinschaftswerk scheint derzeit, das ist ja die Krise, scheint derzeit von außen angegriffen zu werden. Eben zum Beispiel durch die US-Zollpolitik, durch die chinesische Industriekonkurrenz, aber auch durch die Migration. Und deswegen wird irgendwie eingesehen, Uns muss es offensichtlich im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit erst mal schlechter gehen, damit es dann den Unternehmen gut geht.

Es hat sich zu einer merkwürdigen Einsicht irgendwie durchgesetzt, dass wir zu teuer für die Wirtschaft sind. Was, Entschuldigung, aber wirklich ein absurdes Bild ist, dass quasi eine Bevölkerung für sich selbst zu teuer ist. Aber solange die Leute an dieses Bild glauben, an unsere Wirtschaft und unsere Industrie, unsere Konjunktur, sehe ich nicht so richtig, wie sie sich für die antifaschistische Wirtschaftspolitik erwärmen könnten. Das ist, um es kurz zu machen, um linke Wirtschaftspolitik zu machen, müssten die Leute links denken. Oder ist es merkwürdig, die antifaschistische Wirtschaftspolitik steht ein bisschen vor dem Widerspruch, dass die Leute rechts wählen und damit sie nicht rechts wählen, sollen sie erst mal links wählen.

Kathrin Fischer

Das ist total eindeutig. Entschuldigung, ich wollte Sie gar nicht unterbrechen.

Stephan Kaufmann

Das ist sozusagen die antifaschistische Wirtschaftspolitik will mit ihrer Wirtschaftspolitik einen Bewusstseinswandel herstellen, den sie irgendwie aber auch voraussetzt. Das ist ein bisschen der Widerspruch, weswegen es, wie ich denke, ohne Aufklärungsarbeit davor nicht gehen wird.

Kathrin Fischer

Ist das wirklich Aufklärungsarbeit? Ich muss dann immer an Harald Welzer denken, der sagt, Wissen und Handeln sind überhaupt nicht so miteinander kausal verbunden, wie man das gemeinhin annimmt. Und oder ist es so, dass wir so viel Anti-Aufklärung durch große privatwirtschaftlich organisierte Medien haben, muss man ja auch sagen, die Bild-Zeitung, wie die mit dem Heizungsgesetz umgegangen ist zum Beispiel. Und man dann sagen muss, die Bild-Zeitung gehört mehrheitlich einem Investor, der mit fossilen Energien sein Geld verdient. Und man dann überlegt, wie kann eigentlich so eine Zeitung so viel Macht über die öffentliche Meinung haben und im Grunde genommen dann aber doch, finanzielle Interessen vertreten, die dem Gemeinwohl wirklich radikal entgegenstehen. Europa brennt im wörtlichen Sinne. Und wir haben einer Kampagne geglaubt, gegen das Heizungsgesetz, gegen diesen sogenannten Heizhammer. Also da kann man natürlich auch sagen, da findet

Aufklärung dann gerade nicht statt. Aber dann müsste man ja wieder an die Eigentumsverhältnisse dieser Medien ran. Also ist man da in so einer Quadratur des Kreises gefangen?

Stephan Kaufmann

Es gibt jede Menge Gegenaufklärung. Und man kann natürlich, wir hatten das vorhin ja schon mal, sagen, Die Aufklärung steht vor zu großen Hürden quasi und wir müssen jetzt auch schnell handeln. Also wähle ich eine Abkürzung. Ich fange nicht an, die Leute zu überzeugen, dass rechte Positionen falsch oder schlecht sind, sondern ich Sorge gleich dafür, dass es ihnen besser geht, auf dass sie dann nicht mehr rechts wählen. Das Problem ist dann eben genau das dabei, was ich gerade eben versucht habe zu umreißen, ist, aber wenn sie es denn nicht tun, weil sie halt rechtswählen und konservativ bis rechte Einstellungen haben, was mache ich denn dann? Ich muss, ich komme ja gar nicht drum herum, an die Vernunft der Leute zu appellieren, weil ich sonst die antifaschistische Wirtschaftspolitik nicht durchsetzen kann. Ich kriege sonst keine Mehrheiten dafür.

Kathrin Fischer

Also Sie plädieren dafür, mit Menschen zu sprechen, immer und überall mit Menschen zu sprechen.

Stephan Kaufmann

Ich wüsste gar nicht, was es sonst sein könnte. Es sei denn, man könnte natürlich eine volksdienliche soziale Entwicklungsdiktatur einführen. Wir können einfach mit Waffengewalt die Macht an uns reißen und dann die Menschen mit Sozialleistungen beglücken. Und ich wüsste gar nicht, was, ich mache nur einen Scherz, aber ich wüsste gar nicht, wie es anders gehen sollte, außer darüber, dass man Überzeugungsarbeit leistet und dass man zum Beispiel für die antifaschistische Wirtschaftspolitik wirbt. Und wenn die Leute dann sagen, wer soll das bezahlen, dass man dann darauf hinweist, dass alles, was wir dafür brauchen, ja schon da ist. So, aber wenn sie dann sagen, nein, das geht doch so nicht, wir müssen sparsam sein und überhaupt und die Ausländer und die Arbeitslosen sollen jetzt mal nicht faul sein, sondern arbeiten. Also wenn sie dann diese ganzen konservativ-liberalen bis rechten Einstellungen vorbringen, dann muss man halt dagegen was sagen. Aber wenn die Leute nicht davon lassen wollen, dann weiß ich auch nicht, was man tun kann.

Kathrin Fischer

Also was mir an Ihrem Ansatz oder an dieser Ausführung wirklich gut gefällt, ist, dass es eben auf Augenhöhe ist, dass man sagt, wir sprechen mit den anderen Menschen und wir halten sie auch für klug, wir werten sie nicht ab. Denn das ist ja ein Teil der Kritik, die ich spreche. Aus dieser Achtsamkeits-Bubble heraus habe, dass immer alle anderen moralisch abgewertet werden, die halt dann nicht achtsam auf dem Kissen sitzen oder nicht, kein Fleisch essen oder sowas. Und ich glaube, dass diese moralische Abwertung die Spaltung natürlich eher

vertieft, als Brücken zu bauen. Und da finde ich das Miteinandersprechen auch gut. Es ist halt schwierig.

Stephan Kaufmann

Das merkt man. Auch weil man für das, was man vorhat, braucht man die Menschen ja. Also die müssen ja alle mitmachen. Wir wollen doch gerade erreichen, dass die Leute, sozusagen ein wesentlicher Punkt an der antifaschistischen Wirtschaftspolitik ist doch auch, dass man die Sachen ein bisschen dem Markt, also auch dem Renditesachzwang entzieht und mehr in die Kontrolle, in die demokratische Kontrolle der Menschen überführt. Demokratische Kontrolle bedeutet dann, nicht nur können alle mitbestimmen, sie können auch mitreden. Und dafür braucht man, dass die Leute auch überzeugt sind, dass die Leute auch überzeugt sind von dem, was da passiert, dass sie den Vorteil für sich da sehen. Demokratie bedeutet ja tatsächlich eine schönere Form der Demokratie, als wir sie im Moment haben, bedeutet ja, dass die Leute aufgefordert sind, mitzumachen, aber das müssen sie dann auch tun.

Kathrin Fischer

Ich habe noch eine letzte Frage, Stefan Kaufmann, weil wir ja in dem achtsamkeitskritischen Podcast miteinander sprechen. Wir haben das jetzt schon ein paar Mal gestreift, aber mich treibt seit einiger Zeit auch sowas um, dass Achtsamkeit ist ja auch eines der vielen Instrumente, mit denen Menschen ein Angebot zur individuellen Stabilisierung gemacht wird. Also ich mache mir so einen Spaß und fotografiere seit einigen Wochen meinen Handyfeed. Ich bekomme natürlich viele Achtsamkeitsangebote, weil klar ist, dass ich mich dafür interessiere. Und dann muss man sagen, ist das wirklich krass? Dann kommen bei mir dauernd so Sachen rein wie mit diesen vier Gewohnheiten starten erfolgreiche Menschen montags in die Woche vom Glück des Nichtstuns. Es gibt sechs innere Kritiker, erkennst du die? Psychologie, Resilienz für Zweifler, Japans Workout für die Seele. Wie kann man Lebenssinn wiederfinden? Ich könnte das jetzt stundenlang weitermachen, also während wir so einen massiven Angriff auf die sozialen Absicherungen erleben, tun diese Angebote so, als sei es ganz einfach, sich innerlich sicher zu machen, indem man einfach Lebenssinn wieder lernt.

Und mein Eindruck ist, dass kollektive Stabilisierung, wie eben jetzt die antifaschistische Wirtschaftspolitik sie erzeugen will, aufgrund des Hyperindividualismus gar nicht mehr gedacht wird. Und Neoliberalismus ist ja mehr als eine Wirtschaftspolitik, das ist ja auch eine Kultur und eine Anthropologie und so weiter, also ein Menschenverständnis. Und ich habe das Gefühl, die Bereiche in den Gehirnen der meisten Menschen, in denen es um kollektive Infrastrukturen und sowas geht, die sind wie ausradiert. Es gibt nur noch Individualismus. Würden Sie das teilen? Erleben Sie das auch so?

Stephan Kaufmann

Das ist unbedingt so. Es ist ja auch dieses lustige Bedürfnis der Menschen nach Autonomie. Autonomie in einer arbeitsteiligen Gesellschaft gibt es nicht. Wir leben nie autonom,

sozusagen. Wir brauchen immer die anderen. Also alles, was Gesellschaft und insbesondere Wirtschaft angeht, ist ja arbeitsteilig organisiert. Wir arbeiten ja alle füreinander und miteinander. Und insofern ist jede Lage, in der ich mich befinde, ein Ergebnis der Gesellschaft und Zusammenlebens. So finde ich immer das Bedürfnis von Autonomie. Ich verstehe es total, weil man gerne unabhängig sein will und weil man ja auch das Gefühl hat, man könnte autonom, indem man sich selbst optimiert, zu Rande kommen. Aber das ist ja nie wahr.

Achtsamkeit, lustigerweise, bevor ich mit Ihnen Kontakt hatte, fand ich Achtsamkeit immer eigentlich was ganz Sympathisches, weil da ging es ja im Ursprung immer so ein bisschen darum, bewusst den gegenwärtigen Moment zu erleben. Sich keine Sorgen zu machen und kein Bedauern, sprich keine Sorgen über die Zukunft, kein Bedauern über die Vergangenheit und auch nicht an Elendes herumgedenke an Fragen wie, was hätte sein können, also immer in diesem Irreales, sondern man konzentriert sich auf das, was ist und nicht auf das, was kommen könnte. So, propagiert wird sie, genauso wie sie beschreibt, tatsächlich aber als Mittel zur Selbstoptimierung oder zur Selbstberuhigung, zur Entspannung, wobei die Ursachen für die Beunruhigung immer merkwürdig außen vor bleiben bzw. Immer in selbst verlagert werden. Man ist quasi immer selbst schuld, aber immerhin dadurch auch selbst zuständig und selbst handlungsfähig. Aber die Idee, dass man die Kontrolle über sein Leben hätte, ist natürlich zumindest ein ökonomisches Anliegen, ist natürlich illusorisch. Also es ist in dem Sinne auch eine perfekte Maschine zur sozialen Befriedung. Es ist eigentlich ein großes Ja zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, wenn man sagt, es liegt an mir. Dann kann es an den Umständen schon mal nicht liegen. Also insofern wird das natürlich auch von der Politik, sagen wir mal, gerne gesehen, weil es dem sozialen Frieden förderlich ist.

Es gibt noch eine Sache darin, die finde ich immer interessant, es geht ja immer darum, sich selbst fit zu machen, was übrigens sehr stark anschließt an diese ganze Ideologie, die im Zuge der Agenda 2010, Anfang der 2000er Jahre über uns gekommen ist, diese Idee, dass jeder ein Unternehmer seiner selbst ist. Es gab dieses schöne Ausdruck von Peter Harz, die Ich-AG, also dass man sich selbst als Kapital sehen soll, das optimiert und verwertet werden muss oder auch, dass jeder aufgerufen ist, an seiner Beschäftigungsfähigkeit zu arbeiten. Beschäftigungsfähigkeit ist überhaupt ein sehr schönes Wort, weil es die Tatsache, dass irgendjemand mich einstellt, zu meiner eigenen Fähigkeit macht. Also etwas, das mit mir geschieht, wird zu meiner eigenen Fähigkeit. So, das ist schon der Irrsinn an der Sache. Aber wenn man sich versucht, sich selbst fit zu machen, wofür eigentlich? Da geht es ja eigentlich im Allgemeinen um die Stärkung für diese große Bewährungsprobe-Arbeitsmarkt. Letztlich geht es ja mal stark um den Arbeitsmarkt. Und ich finde, wenn man dabei ist, sich selbst fit zu machen, sollte man beachten, dass dieses Selbst gar nicht so isoliert ist. Weil wenn man sich fit macht für den Markt, dann macht man sich fit für die Konkurrenz mit anderen. Dann macht man sich fett für die Konkurrenz, also auch gegen andere. Was man am Markt erlangen kann und will, muss man ja anderen streitig machen. Das geht mir von Bewerbungsgesprächen oder so. Wenn man selber sich fit macht, dann sorgt man dafür, dass andere etwas nicht bekommen. Oder ich habe neulich diesen Wahnsinnsatz von einem südkoreanischen...

Unternehmer gelesen der gesagt hat es reicht nicht dass ich gewinne der andere muss auch verlieren so

Das ist dieses und wenn wenn man die welt so sieht dass was man dort erlangen will auf dem markt anderen streitig machen muss und sie wenn man sich gegen andere durchsetzen muss dann fühlt man sich logischerweise auch permanent angegriffen und man ist es ja auch man ist es ja auch dass daraus permanent Angst, Einsamkeit, Leistungsdruck und Scham folgen, ist ja dann auch kein Zufall. Das Eigenartige ist ja auch, je mehr man versucht, sich fit zu machen und je mehr man merkt, dass man damit auch gar nicht unbedingt Erfolg hat. Das muss gar nicht dazu führen, dass man anfängt, die Umstände zu kritisieren. Das ist ja ein endloses Hamsterrad, weil man kann immer noch irgendwas besser machen, weil man kann sich immer noch irgendwie auf diese eine oder andere Weise selbst optimieren. Und noch eine Sache fällt mir dazu ein, weil man möchte ja seine Leistungsfähigkeit immer steigern. Das ist ja das Ziel dieser ganzen Selbstoptimierung, die eigene Leistungsfähigkeit zu steigern. Ich möchte kurz sozusagen darauf hinweisen, was ist denn die Leistung des Arbeitnehmers? Was ist denn im Kapitalismus die Leistung des Arbeitnehmers? Die Leistung des Arbeitnehmers im Kapitalismus besteht ja eine Differenz zwischen dem, was er kostet und dem, was er für das Unternehmen bringt. Das ist die Leistung des Unternehmers. Das Ausgedrückte kann man dann in Betrieben als Umsatz pro Mitarbeiter oder Gewinn pro Mitarbeiter. Also insofern ist auch diese Leistung, man kann in dem Sinne seine Leistung übrigens auch erhöhen, indem man einfach weniger Geld nimmt. Aber wesentlich finde ich an diesem Leistungsgedanken immer, dass man immer gegen andere antritt. Ich finde das irgendwie kein Leben.

Kathrin Fischer

Und das Verrückte ist, wenn man dann Achtsamkeit kritisiert, dann eben als genau das, So eine Individualisierungsstrategie, dann sagen Menschen, aber es geht ja im Kern um Verbundenheit. Ich spüre ja Verbundenheit mit den anderen und deshalb ist es eigentlich gar keine Konkurrenz.

Stephan Kaufmann

Es ist es nicht, ich kenne mich nicht so gut aus, aber ist es nicht in diesen ganzen Selbsttechniken, geht es nicht vielmehr darum, Verbundenheit mit sich selbst herzustellen?

Kathrin Fischer

Ja, ich glaube, es geht um Verbundenheit mit sich, aber natürlich ist der ideologische Überbau schon der, dass man sagt, alles ist miteinander verbunden und ich kann das dann lernen. Thich Nhat Hanh ist da immer der Berühmte mit seinem Interbeing zu sagen, im Papier ist die Wolke, ist der Regen, ist alles schon drin. Aber ich finde immer verrückt, dass die Verbundenheit vom Individuum erzeugt werden muss als Bewusstsein. Also es ist eine individuelle Leistung, sich verbunden zu fühlen. Ist irgendwie auch verrückt.

Stephan Kaufmann

Es ist eine individuelle Leistung, sich verbunden zu fühlen. Und das bedeutet ja eigentlich dann mit den anderen. Weil man soll sich ja jetzt weniger mit dem Papier verbunden fühlen, sondern eigentlich mit anderen Menschen, oder?

Kathrin Fischer

Nee, nee, eigentlich ist es verbunden mit allen Lebewesen. Also auch mit Pflanzen und Tieren. Und dann ist ja eigentlich auch ein gewisses kapitalistisches System nicht mehr möglich. Aber so weit geht es meistens natürlich nicht.

Stephan Kaufmann

Sagen wir so, dass das Bedürfnis danach, sich dann mit allem verbunden zu fühlen und sich insbesondere auch miteinander Menschen verbunden zu fühlen, das ist natürlich sehr verständlich. Die Frage ist immer, warum fühlt man sich denn nicht verbunden? Es gibt ja objektive Gründe dafür, dass man sich nicht verbunden fühlt. Und einer der objektiven Gründe dafür, dass man sich nicht verbunden fühlt, im hiesigen Wirtschaftssystem, ist, dass alle gegeneinander aufgestellt sind. Das ist nun mal der Wettbewerb. Der Wettbewerb wird immer so gelobt als Innovationsverfahren, das so viel Reichtum erzeugt, das mag ja alles sein. Aber letztlich sind wir in diesem Wettbewerb alle gegeneinander aufgestellt. Und dass dann das Gefühl von Verbundenheit verloren geht oder umgekehrt das Gefühl von Verlorenheit zunimmt, das ist ja dann auch kein Zufall.

Kathrin Fischer

Ist eigentlich ein ideales Schlusswort, aber ein bisschen traurig finde ich es schon. Am Ende sozusagen.

Stephan Kaufmann

Komm, wir machen noch was Schönes. Hoch die rote Fahne.

Kathrin Fischer

Naja, wir können ja sagen, mit der Aufklärung können wir vielleicht dafür sorgen, dass die antifaschistische Wirtschaftspolitik irgendwann eine ernsthafte Alternative wird oder so. Es ist sonst wirklich ein bisschen traurig. Aber ich sehe das ja ein. Man muss irgendwie auch den Dingen ins Auge blicken können.

Stephan Kaufmann

Ich finde, dass man mit Aufklärung, abgesehen davon, dass ich sie sowieso für unausweichlich, die ist tatsächlich alternativlos, halte ich das auch komplett für möglich, weil die Argumente dafür sind einfach so schlagend. Die Argumente dafür sind einfach so schlagend, einfach wenn man sagt, wir möchten eine andere Form der Wirtschaft schaffen oder zumindest Teile einer anderen Form der Wirtschaft, in der es mehr um Versorgung geht und weniger um eine permanente Optimierung des Verhältnisses von Kosten und Ertrag, wo es einfach um die Sachen geht. Dann klingt das ja erstmal so, ja, das ist ja utopisch oder sehr

realitätsfern und so weiter. Ich weiß es nicht, weil ich finde, das starke Argument dafür ist immer noch, dass alles, was wir dafür brauchen, ist ja da. Es ist ja da. Es ist nicht, weil immer geglaubt wird, der Kapitalismus schafft den ganzen Reichtum. Das ist er nicht. Was den Reichtum schafft, ist die Arbeit. Was den Reichtum schafft, sind Leute, die das alles herstellen. Der Kapitalismus ist nur die spezielle Form der Organisation der Arbeit. Und all die, weil es nur die gesellschaftliche Form der Organisation ist, ist sie veränderbar. Wir können mit den Sachen machen, was wir wollen. So, das finde ich immer das starke Argument für, was ist es doch mal anders versuchen. Es kann doch nicht sein, dass alle Menschen nur halbwegs zufrieden und sicher leben, wenn der Volkswagen-Konzern eine Rendite von 8 bis 10 Prozent erzielt und nicht nur von 3 Prozent wie bisher, wofür jetzt 100.000 Leute rausgeschmissen werden. Das kann es doch nicht gewesen sein.

Kathrin Fischer

Und das auch noch mit Betrug.

Stephan Kaufmann

Ja.

Kathrin Fischer

Also das ist jetzt das viel schönere Schlusswort. Und ich glaube auch wirklich, dass dieses kämpferische Moment da drin ist und dass, wenn wir verstehen, dass es menschengemacht ist, auch irgendwie Kräfte finden, auch wenn das so manchmal so unglaublich deprimierend aussieht, weiter Kräfte finden, was dagegen zu tun.

Stephan Kaufmann

Eine Sache, die jetzt vielleicht gar nicht dazu gehört, aber was man finde an der Stelle nochmal interessant, ist, dass dieses Misstrauen, das die Leute haben gegen eine Wirtschaft, in der die Menschen das organisieren demokratisch, was sie brauchen oder so. Die Gegnerschaft dazu ist ja mal stark getragen vom Misstrauen der Menschen ineinander. Das letzte Argument gegen eine andere Wirtschaftsform lautet immer, der Mensch ist nicht so. Es wird immer irgendwelche Schweine geben, die die Macht an sich ziehen oder die egoistisch handeln und so weiter und so fort. Ich muss mal festhalten, dass dieses Misstrauen der Menschen ineinander durch das herrschende Wirtschaftssystem wirklich gestärkt wird. Das kommt direkt aus dem herrschenden Wirtschaftssystem und da hat es auch seine Berechtigung, eben aufgrund des Wettbewerbs. Aber ich würde sagen, das muss nicht so sein. Aber es ist krass, wie sehr die Menschen ineinander misstrauen.

Kathrin Fischer

Das stimmt. Aber die Kurve fahren wir jetzt nicht nochmal aus.

Stephan Kaufmann

Nee, nee.

Kathrin Fischer

Stefan Kaufmann, ganz, ganz, ganz vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, über antifaschistische Wirtschaftspolitik zu sprechen. Ich finde, wir haben ja über viel, viel mehr gesprochen. Das war ein großer Bogen. Ganz vielen Dank für Ihre Zeit und Ihr Wissen.

Stephan Kaufmann

Vielen Dank für Ihre Geduld.

Kathrin Fischer

Geduld brauchte ich wirklich gar nicht. Dazu fand ich die Einschätzungen und Überlegungen von Stefan Kaufmann viel zu spannend. Und ich hoffe, es ging euch ebenso. Das Buch Der verdrängte Kapitalismus und auch das von Isabella Weber, Antifaschistische Wirtschaftspolitik, das im Oktober erscheinen wird, findet ihr in den Shownotes, wie auch vieles andere. In der September-Folge wird es hier dann sehr konkret. Da habe ich gleich zwei Frauen zu Gast. Die Juristin, Organisationsberaterin, Mediatorin, ehemalige hauptamtliche Bürgermeisterin von Bargte Heide und Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Frauenrats, Birte Kruse-Gobrecht. Und die amtierende Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Dietz in Rheinland-Pfalz, Maren Busch. Mit den beiden werde ich gleich zwei Themen besprechen. Zum einen die wachsende Erschöpfung der Kommunen und zum anderen die besonderen Herausforderungen von Frauen in der Kommunalpolitik. Und bis dahin wünsche ich euch wie immer eine gute Zeit.

Signet

Das war Erschöpfung statt Gelassenheit. warum Achtsamkeit die falsche Antwort auf so ziemlich jede Frage ist. Ein Podcast von Katrin Fischer.

0:00 / 1:36:31

0.5x0.75x1.0x1.25x1.5x1.75x2x